Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 3.60, monatlich 1.20 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46 Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 50 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 40 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 235. Montag, den 7. Oktober 1918. 25. Jahrg.

Ein deutsches und österreichisches Waffenstillstandsangebot an Wilson.

Wie der neue Reichskanzler am Sonnabend im Reichstage mitteilte, hat die deutsche Regierung in einer Note an Wilson um sofortigen Abschluß eines Waffenstillstandes ersucht. Die durch Vermittlung der Schweizer Regierung an den Präsidenten Wilson übermittelte Note hat folgenden Wortlaut:

„Die deutsche Regierung ersucht den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, die Herstellung des Friedens in die Hand zu nehmen, alle kriegführenden Staaten von diesem Ersuchen in Kenntnis zu setzen und sie zur Entsendung von Bevollmächtigten zwecks Aufnahme der Verhandlungen einzuladen. Sie nimmt das von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika in der Kongreßbotschaft vom 8. Januar 1918 und in seinen späteren Kundgebungen, namentlich der Rede vom 27. September, aufgestellte Programm als Grundlage für die Friedensverhandlungen an.

Um weiteres Blutvergießen zu vermeiden, ersucht die deutsche Regierung, den sofortigen Abschluß eines Waffenstillstandes zu Lande und zu Wasser und in der Luft herbeizuführen.

(Unterschrift) **Prinz Max von Baden,**
Reichskanzler."

Zu gleicher Zeit ist der österreich-ungarische Gesandte in Stockholm vom Minister des Aeußern telegraphisch beauftragt worden, die königlich schwedische Regierung zu ersuchen, am 4. ds. folgende Depesche an den Präsidenten Wilson gelangen zu lassen:

Die österreich-ungarische Monarchie, welche den Krieg stets nur als Verteidigungskampf geführt und wiederholt ihre Bereitwilligkeit bekundet hat, dem Blutvergießen ein Ende zu machen und zu einem gerechten und ehrenvollen Frieden zu gelangen, tritt hiermit an den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika mit dem Antrage heran, mit ihm und seinen Verbündeten einen sofortigen Waffenstillstand zu Lande, zur See und in den Lüften abzuschließen und im unmittelbaren Anschluß hieran in Verhandlungen über einen Friedensschluß einzutreten, für welche die 14 Punkte der Botschaft des Herrn Präsidenten Wilson an den Kongreß vom 6. Januar 1918 und die vier in der Rede des Herrn Präsidenten Wilson vom 12. Februar 1918 enthaltenen Punkte als Grundlage zu dienen hätten, wobei auch auf die Ausführungen des Präsidenten Wilson vom 27. September 1918 Bedacht genommen wird.

Wie der Reichskanzler in seiner Rede bereits angedeutet hat, steht die Türkei im Begriff, einen gleichen Schritt zu tun.

So bieten also die Mittelmächte erneut den Frieden an. Aber unter ganz anderen Voraussetzungen ist dieser Schritt unternommen worden als bisher. Sowohl in militärischer Beziehung, als hauptsächlich in politischer. Damals ging das Friedensangebot aus von einer Regierung, die, trotzdem ihr Friedensschritt von der großen Mehrheit des Volkes gebilligt wurde, im allgemeinen nicht getragen wurde vom Vertrauen des Volkes. Heute ist es eine Volksregierung, die, entstanden aus der Not der Zeit, dem Gegner erneut die Hand zum Frieden bietet.

Wird nun dieses Angebot den gewünschten Erfolg haben, wird es der leidenden Menschheit den so heiß ersehnten Frieden bringen? Wenn es sich bei den Reden, insbesondere Wilsons, nicht nur um leere Worte gehandelt hat, wenn das, was er sagte, wirklich seinem inneren Empfinden entsprungen, dann muß diese Aktion zum Frieden führen. Denn die Programmpunkte Wilsons sind in ihren Hauptteilen auch von der neuen deutschen Regierung als Verhandlungsgrundlage anerkannt worden. Jetzt wird und muß sich also zeigen, was man von Wilson zu halten hat.

Die Ansicht der deutschen Presse ist eine geteilte. Während der „Vorwärts" ziemlich hoffnungsfroh gestimmt ist, beurteilt die liberale Presse die Chancen der deutschen Note wesentlich kühler. Daß die alldeutsche Presse in ihrer Wut über diesen Friedensschritt zwischen den Zeilen die Ablehnung des Angebots erhofft, bedarf keiner besonderen Erwähnung. Nach unserer Meinung dürfte die Antwort nicht unbedingt ablehnend sein, wie wir allerdings auch nicht an eine unbedingte Annahme des Vorschlages glauben. Mehr zu sagen, erscheint uns heute nicht geboten.

Wie die alldeutsche Presse, so erscheint jetzt auch die Deutsche Vaterlandspartei auf dem Plan, um gegen den nach Lage der Sache gebotenen Schritt der neuen deutschen Regierung Sturm zu laufen. Der Vorstand der Deutschen Vaterlandspartei erläßt eine Kundgebung, in der es heißt: Die Deutsche Vaterlandspartei erblickt in der Verhandlungsgrundlage das notwendige Ergebnis einer schwachen und ziellosen politischen Leitung seit Beginn des Krieges. Die Deutsche Vaterlandspartei hat seit ihrem Bestehen diese Politik auf das lebhafteste bekämpft, leider ohne Erfolg. Jetzt sehen wir uns einem Schritt gegenüber, den wir als Tatsache hinnehmen müssen und nicht mehr ändern können. Wir halten es aber für unsere Pflicht, schon jetzt **auf die furchtbare Gefahr hinzuweisen, in die wir uns begeben würden, wenn wir durch einen Waffenstillstand England und unseren übrigen Feinden die ersehnte Möglichkeit geben, sich neu zu versorgen,** und uns so wehrlos machen würden, **bevor wenigstens eine Grundlage der Verhandlungen festgelegt ist,** die Ehre, Bestand und Zukunft des deutschen Volkes wahrt.

Wir können ja den Vorstandsherren der Deutschen Vaterlandspartei den Schmerz nachfühlen, den sie darüber empfinden, daß sie nicht den Frieden machen können. Aber für so dumm sollten doch die Herrschaften die neuen Regierungsmänner nicht halten, daß sie nicht wüßten, was im Interesse Deutschlands geboten ist oder nicht. Die Vaterlandsparteiler sollten sich übrigens jetzt nur nicht mausig machen; sie haben alle Ursache, hübsch ruhig zu sein.

Im Interesse der leidenden Menschheit möchten wir dem Wunsche Ausdruck geben, daß der neue Schritt der deutschen Regierung uns die Beendigung dieses entsetzlichen Mordens bringt, daß er uns hineinführt in das Tal des Friedens!

*

Ueber die denkwürdige Reichstagssitzung am Sonnabend wird uns aus Berlin geschrieben:

Wenn wir sonst das Wort genommen haben, um eine Kanzlerrede zu besprechen, so standen wir ihr ähnlich gegenüber, wie das Publikum den Vorgängen auf der Bühne: man fühlte keinen rechten Zusammenhang, man war höchstens — je nachdem — erhoben oder auch geärgert, und seit Bethmanns Abgang hat überhaupt eine Kanzlerrede kaum tiefern Eindruck ausgeübt.

Was sich aber am Sonnabend ereignete, das war etwas vollkommen Neues, etwas in Deutschland Unerhörtes, und die können uns leid tun, die dabei sein konnten, und in ihrer Seele nicht bewegt wurden. Auf dem Bundesrat-Podium, wo sonst die mehr oder weniger sympathischen Bureaukraten, elegant oder weniger elegant, geschniegelt oder professorenhaft, Zivilmenschen oder Militärs, als etwas Fremdes, nicht selten als etwas Feindliches der Volksvertretung und als etwas Gleichgültiges dem Zuschauer gegenübertraten, da erschienen nacheinander die Erzberger und Gröber, die Payer und Fischbeck, und Scheidemann und Gustav Bauer — Staatssekretäre, deutsche Reichsminister, und zugleich Vertreter der Arbeiter von Solingen und Breslau, Vertreter des deutschen Zweigs der internationalen Sozialdemokratie. Manche Hand streckte sich unseren beiden Genossen entgegen, als sie sich mit den anderen parlamentarischen Staatssekretären um den Platz des Reichskanzlers stellten, und sichtbar die deutsche Volksregierung verkörperten.

Und dann erschien, beileibe nicht in Uniform, die noch der so unmilitärische Bethmann für unerläßlich gehalten hatte, im schwarzen Rock, einfach und schlicht wie irgend ein anderer Abgeordneter oder Minister, der neue Reichskanzler, der badische Thronfolger, der doch sicherlich Chef verschiedener mit Gardelitzen dekorierter Regimenter und mindestens General ist. Aber hier erschien er als der von der Reichstagsmehrheit gewählte Vorsitzende des ersten deutschen Kabinetts, als der Führer eines Kollegiums von Vertrauensmännern des deutschen Volkes.

Was er über die Bedeutung dieser Tatsachen, über die Folgen, die sie haben müssen, über die Kraft, die aus ihnen heraus dem Friedensstreben der Volksregierung fließt, sagte, das wird auch den Prinzen zu einem Vertrauensmann des deutschen Volkes machen können. Und es wäre eigentlich selbstverständlich, daß bei der nächsten Reichstags-Ersatzwahl, die irgendwie notwendig werden sollte, der Prinz Max von Baden sich um das Mandat zu bewerben hat.

Da nun diese Kanzlerrede ja nicht eine aus dem Willen des Sprechers, wenn nicht gar auf höherem Befehl hervorgegangene Kundgebung darstellt, sondern nichts anderes ist als das, was die Reichstagsmehrheit öffentlich zu erklären für notwendig findet, so können wir uns jede weitere Betrachtung ihres Inhalts sparen. Nachdem das Mehrheitsprogramm bereits veröffentlicht war, ist nur die große Tatsache in dieser Rede neu, daß Deutschland und seine Verbündeten den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Nordamerika um Vermittelung zur Einleitung allgemeiner Friedensverhandlungen gebeten haben, wobei der Sprecher des nunmehr zum Dreibund gewordenen ehemaligen Vierbundes auch so ziemlich die Wilsonschen Punkte als Verhandlungsgrundlagen annahm. Das gleiche hat inzwischen Graf Burian in Wien getan.

Wir warten auf die Antwort. Erst nach ihrem Eintreffen wird der Reichstag sich wiederum versammeln. Das Verlangen der Unabhängigen Sozialisten und der Polen nach sofortiger Debatte wurde von der Mehrheit abgelehnt. Die Mehrheit ist die Regierung, solange sie zu ihren Staatssekretären Vertrauen hat, brauchen sie sich nicht täglich vor ihr zu verantworten.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 5. Oktober 1918.

192. Sitzung. Nachmittags 5 Uhr.

Am Bundesratstische: Reichskanzler Prinz Max von Baden, v. Payer, Scheidemann, Gröber, Erzberger, Bauer, Dr. Solf, v. Roedern, v. Stein, Dr. Friedberg, Drews usw.

Präsident Fehrenbach gedenkt des Ablebens des Abg. Hirsch-Essen (NL.) und teilt mit, daß die Abgg. v. Vollmar (Soz.) und v. Bonin (Kons.) ihre Mandate niedergelegt haben. Er hält darauf folgende Ansprache:

Seit wir am 15. Juli voneinander geschieden sind, haben sich Ereignisse zugetragen, die uns Sorge bereiten. Unsere Westarmee ist nach einer stürmischen Offensive in die Defensive und eine langsame Rückwärtsbewegung übergegangen. Seit Wochen stürmen immer neue Scharen unserer Feindge und ihrer zahlreichen Hilfsvölker gegen den von unseren tapferen Truppen (Beifall) gebildeten Wall. Wir sind der festen Zuversicht, daß es auch in Zukunft den feindlichen Angriffen nicht gelingen wird, diese Schutzwehr zu durchbrechen, Dank dem Heldenmut der Söhne aus allen Gauen des Vaterlandes, die das Bewußtsein stählt, dort auf fremdem Boden Herd und Heimat zu verteidigen. Den tapferen Kriegern gilt unser Gruß und der heiße Dank des Vaterlandes. (Lebh. Beifall.) Im Osten haben die Heere unserer Verbündeten, der Bulgaren und Türken, schwere Niederlagen erlitten. Bulgarien ist aus dem Vierbund ausgeschieden und hat mit seinen Gegnern einen Waffenstillstand geschlossen. — Im Innern hat Graf Hertling die erbetene Entlassung aus dem Amte des Reichskanzlers erhalten. In hohen Jahren ist er dem wiederholten dringenden Rufe des Kaisers gefolgt und hat, vom Vertrauen der Mehrheit des deutschen Volkes getragen, eine politische Neuorientierung in die Wege zu leiten versucht. Uebergangszeiten tragen in ihrem Schoße immer Schwierigkeiten; sie sind auch dem Grafen Hertling nicht erspart geblieben. Da er sie nicht mehr meistern konnte, schied er, aber hoch soll es seiner politischen Weisheit und seinem vaterländischen Sinn angerechnet werden, daß er die neuen Wege, die er selbst nicht mehr begehen konnte, anriet und ebnete. Der Reichstag wird dem vornehmen, liebenswürdigen Wesen, der abgeklärten Weisheit des Grafen Hertling immer warme Anerkennung und ihm selbst ein treues Angedenken bewahren. Vor uns steht in mannigfacher Veränderung eine neue Regierung, an ihrer Spitze als Kanzler Prinz Max von Baden. In Baden hat der Onkel unseres jetzigen Kanzlers das Wort gesprochen, daß es keinen Gegensatz gäbe zwischen Fürsten- und Volksrecht; in anderen deutschen Landen ist der gleiche Gedanke in die Worte gefaßt worden, daß der Oberste im Staat sein erster Diener sei. **Von der neuen Reichsleitung erhoffen wir zuversichtlich, daß sie in steter innigen Fühlung mit dem Volke und nur auf das Wohl des Volkes bedacht ihres hohen und schwierigen Amtes walten möge.** (Lebh. Beifall.) **Eine neue Zeit** ist im politischen Leben des deutschen Volkes **angebrochen.** Es ist selbstverständlich, daß manche Kreise im Hinblick auf die Großtaten der Vergangenheit diesem Neuen kritisch zweifelnd, ja sogar ablehnend gegenüberstehen. Wir erhoffen von den Leistungen der neuen Zeit eine versöhnende und klärende Wirkung. **Ihre Geburtsstätte ist geheiligter Boden, das Schlachtfeld und der Schützengraben, die heimische Arbeitsstätte,** wo jeder deutsche Mann ohne Unterschied alles, Gut und Blut, drangibt für des Vaterlandes Rettung. (Lebh. Beifall.) Der Name des neuen Kanzlers hat einen guten Klang in der ganzen Welt. (Beifall.) Seine freiheitliche Denkungsart, sein humaner Sinn, sein Vertrauen zur Menschheit, das er auch in diesen Kriegsjahren nicht verlor, sind solide Grundlagen seiner künftigen Wirksamkeit. (Beifall.) Vielen im Krieg schwer Heimgesuchten, Verwundeten und Gefangenen, ist er in warmer Teilnahme nahe gekommen und hat sich dadurch Dankbarkeit, auch bei den Feinden erworben. (Beifall.) Das wird seinen auf den Frieden und die Versöhnung der Völker gerichteten Bestrebungen förderlich sein. (Beifall.) Möge Gottes Segen auf der Arbeit der neuen Regierung und des Reichstags ruhen. (Lebh. Beifall.)

Das Haus tritt in die Tagesordnung ein.

Die Rede des Reichskanzlers.

Reichskanzler Prinz Max von Baden: Gemäß dem kaiserlichen Erlaß vom 30. September hat das deutsche Reich eine grundlegende Umgestaltung seiner politischen Leitung erfahren. Als Nachfolger des um sein Vaterland aufs höchste verdienten Grafen von Hertling bin ich von Sr. Majestät dem Kaiser an die Spitze der neuen Regierung berufen worden. Es entspricht dem Wesen der nunmehr bei uns eingeführten Regierungsweise, daß ich dem Reichstage ohne Verzug vor der Oeffentlichkeit die **Grundsätze** darlege, nach denen ich mein schweres Amt zu führen gedenke. Diese Grundsätze sind, bevor ich mich zur Uebernahme der Kanzlergeschäfte entschlossen, **im Einvernehmen mit den verbündeten Regierungen und mit den Führern der Mehrheitsparteien** dieses hohen Hauses **festgelegt worden.** Sie enthalten mithin nicht nur mein eigenes politisches **Glaubensbekenntnis,** sondern auch das des weit überwiegenden Teiles der deutschen Volksvertretung, also **der deutschen Nation,** die den Reichstag auf Grund des allgemeinen gleichen und geheimen Wahlrechts nach ihrem Wunsche zusammengesetzt hat.

Nur die Tatsache, daß ich die Ueberzeugung und den Willen der Mehrheit des Volkes hinter mir weiß, hat mir die Kraft gegeben, in der schweren und ernsten Zeit, die wir miteinander erleben, die Leitung der Reichsgeschäfte auf mich zu nehmen. Die Schultern eines Einzelnen wären zu schwach, um allein die ungeheure Verantwortung tragen zu können, die der Regierung in der Gegenwart zufällt. Nur wenn das Volk an der Bestimmung seiner Geschicke im weiten Umfang Anteil nimmt, die Verantwortlichkeit sich also mit auf die Mehrheit seiner freigewählten politischen Führer erstreckt, kann der leitende Staatsmann seinen Anteil an ihr im Dienste des Volkes und Vaterlandes mit Zuversicht übernehmen. Der Entschluß, dies zu tun, ist mir besonders dadurch erleichtert worden, daß in der neuen Regierung auch

maßgebende Vertrauensmänner der Arbeiterschaft

zu den höchsten Aemtern im Reiche gelangt sind. Ich sehe darin die sichere Bürgschaft dafür, daß die **neue Regierung von dem festen Vertrauen der breiten Massen des deutschen Volkes getragen** ist, ohne dessen überzeugungstreue Gefolgschaft ihr ganzes Handeln von vornherein zum Mißlingen verurteilt wäre. Was ich heute hier ausspreche, sage ich also nicht nur in meinem Namen und in dem meiner amtlichen Mitarbeiter, sondern auch

im Namen des deutschen Volkes.

(Beifall.) Das **Programm der Mehrheitsparteien**, auf die ich mich stütze, enthält zunächst ein **Bekenntnis zu der Antwort der früheren Reichsregierung auf die Note des Papstes** vom 1. August 1917, und die **bedingungslose Zustimmung zu der Entschließung des Reichstages vom 19. Juli 1917.** Es bekundet ferner die **Bereitwilligkeit**, sich einem **allgemeinen Bunde der Völker** auf Grundlage der Gleichberechtigung aller, also der Starken und Schwachen, **anzuschließen.** Die Lösung der viel umstrittenen **belgischen Frage** sieht es in der **völligen Wiederherstellung Belgiens**, insbesondere seiner Unabhängigkeit und seines Gebietsumfanges. Auch eine **Verständigung über die Entschädigungsfrage** soll angestrebt werden. Die **bisher geschlossenen Friedensverträge** will das Programm zu **keinen Hindernissen für den allgemeinen Friedensschluß werden lassen.** Es strebt im besonderen, daß sich in den **baltischen Ländern**, in Litauen und Polen, alsbald **auf breiter Grundlage Volksvertretungen bilden.** Das Zustandekommen der dazu nötigen Voraussetzungen wollen wir ohne Verzug durch die Einführung von Zivilverwaltungen fördern. Ihre **Verfassung und ihre Beziehungen zu den Nachbarvölkern sollen jene Gebiete selbständig regeln.**

In der inneren Politik habe ich durch die Methode, in der sich die Regierungsbildung vollzog, klare und feste Stellung genommen. Auf meinen Vorschlag sind die **Führer der Mehrheitsparteien zu meinen unmittelbaren Ratgebern** berufen worden. Ich war der Ueberzeugung, daß die Einheitlichkeit der Reichsleitung nicht nur gewährleistet werden sollte durch die bloß schematische Parteizugehörigkeit der einzelnen Regierungsmitglieder, sondern ich hielt für fast noch wichtiger die Einheitlichkeit der Gesinnung. Von diesen Gesichtspunkten bin ich ausgegangen auch bei der Wahl meiner Mitarbeiter, die nicht dem Parlament angehören. Ich habe das größte Gewicht darauf gelegt, daß die Mitglieder der neuen Reichsleitung auf dem Standpunkt des

Rechtsfrieden, unabhängig von der Kriegslage

(Lebh. Beifall) stehen, und daß sie sich zu diesem Standpunkt **auch öffentlich bekannt haben in einem Zeitpunkt, da wir auf dem Höhepunkt unserer militärischen Erfolge standen.**

Ich bin überzeugt, daß die Art, in der jetzt die Reichsleitung unter Mitwirkung des Reichstages gebildet worden ist, nicht etwas Vorübergehendes darstellt, und **daß im Frieden eine Regierung nicht wieder gebildet werden kann, die sich nicht stützt auf den Reichstag und die nicht aus ihm führende Männer entnimmt.** (Beifall.) Der Krieg hat uns über das alte, vielfach zerrissene Parteileben hinausgeführt, das es so sehr erschwerte, einen einheitlichen, entschlossenen politischen Willen zur Durchführung zu bringen. **Mehrheitsbildung heißt politische Willensbildung,** und ein unbestreitbares Ergebnis des Krieges ist, daß in Deutschland zum ersten Male große Parteien sich zu einem festen, einheitlichen Programm zusammengeschlossen haben und damit in die Lage gekommen sind, das **Schicksal des Volkes von sich aus mitzubestimmen. Dieser Gedanke wird niemals erlöschen** (Beifall links und im Zentrum), diese Entwicklung niemals rückgängig gemacht werden. Dabei vertraue ich, daß solange Deutschlands Geschick von Gefahren umbrandet ist, auch die außerhalb der Mehrheit stehenden Volkskreise und deren Vertreter, die nicht der Reichsleitung angehören, alles Trennende zurückstellen und dem Vaterlande geben, was ihm heute gebührt. Diese Entwicklung macht eine **Aenderung der verfassungsrechtlichen Vorschriften** im Sinne des kaiserlichen Erlasses vom 30. September **erforderlich**, die es ermöglicht, daß **diejenigen Mitglieder des Reichstages, die in die Reichsleitung eintreten, ihren Sitz im Reichstage behalten.** (Zustimmung links und im Zentr.) Eine entsprechende Vorlage ist dem Bundesrat zugegangen und wird Ihrer Beschlußfassung unverzüglich unterbreitet werden. (Erneute Zustimmung.)

Bleiben wir eingedenk der Worte, die der Kaiser am 4. August 1914 gesprochen hat und die ich im Dezember vorigen Jahres in Karlsruhe so fassen durfte: Wohl gibt es Parteien, aber es sind alles Deutsche! (Beifall.) Unter diesem Zeichen des Kaiserwortes muß sich auch die politische **Entwicklung in dem führenden deutschen Bundesstaat Preußen vollziehen** (Lebh. Beifall bei den Soz.) und die Botschaften des Königs von Preußen, die das **demokratische Wahlrecht** versprochen, **schnell und restlos erfüllt werden.** (Lebhafter Beifall links.) **Die preußische Wahlrechtsfrage** ist bei der überragenden Stellung Preußens eine **deutsche Frage**, und ich **zweifle nicht**, daß auch die

Bundesstaaten, die in der Entwicklung ihrer verfassungsmäßigen Zustände noch zurückstehen, dem preußischen Beispiel entschlossen folgen werden.

(Lebhafter Beifall links.) Dabei halte ich unerschütterlich fest an den föderativen Grundlagen des Reiches als eines **Bundesstaates, dessen einzelne Glieder ihr inneres Verfassungsleben in voller Selbständigkeit bestimmen**, ein Recht, auf das

auch Elsaß-Lothringen

vollen Anspruch hat. (Lebh. Beifall der Linken und des Zentrums.) Die Selbständigkeit und Vielfältigkeit des Lebens in den einzelnen Bundesstaaten, das enge treue Verhältnis, das jeden Deutschen mit seiner Heimat und seinem Landesherrn verbindet, sind die Quellen, aus denen die unbeschreibliche Kraft, die Vaterlandsliebe und Opferfreudigkeit des deutschen Volkes während des ganzen Krieges geflossen sind. Durch die ganze Kriegszeit haben sich die Klagen hindurchgezogen über die Handhabung des

Belagerungszustandes.

Sie haben **trennend und verbitternd gewirkt**, und die freudige Mitarbeit an den schweren Aufgaben der Kriegszeit gehemmt. (Lebh. Zustimmung.) Bis auf weiteres können, wie das Beispiel aller kriegführenden Staaten lehrt, die außerordentlichen Machtbefugnisse nicht entbehrt werden, die der Belagerungszustand verleiht. Aber es muß ein enges Verhältnis zwischen den Militär- und Zivilbehörden hergestellt werden, das es ermöglicht, daß in allen nicht rein militärischen Angelegenheiten, also besonders auf dem Gebiet der Zensur und des Vereins- und Versammlungswesens, die Gesichtspunkte der zivilen Verwaltungsbehörden maßgebend zur Geltung kommen, und daß die **Entscheidung letzten Endes unter die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers gestellt** wird. (Lebh. Beifall links und im Zentr.) Zu diesem Zwecke wird ein Befehl des Kaisers an die Militärbefehlshaber ergehen und die kaiserliche Verordnung vom 4. Dezember 1916 unverzüglich entsprechend ausgebaut werden.

Mit dem 30. September 1918, dem Tage des Erlasses, beginnt eine

neue Epoche in Deutschlands innerer Geschichte.

(Beifall links und im Zentr.) Die **innere Politik**, die damit in ihren Grundzügen vorgezeichnet ist, ist **von entscheidender Bedeutung für die Frage über Krieg und Frieden.** (Sehr richtig!) Die Stoßkraft, die die Regierung in ihren Bestrebungen um den Frieden hat, hängt davon ab, daß hinter ihr ein einheitlicher und fester unerschütterlicher Volkswille steht. Nur wenn die Feinde fühlen, das deutsche Volk steht geschlossen hinter seinen verantwortlichen Staatsmännern, nur dann können Worte zu Taten werden.

Die deutsche **Regierung wird** bei den

Friedensverhandlungen

dahin wirken, daß an die Verträge **Vorschriften über Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung** aufgenommen werden. (Beifall bei den Soz. und im Zentr.), die die vertragschließenden Regierungen verpflichten, in ihren Ländern binnen einer gemessenen Frist ein **Mindestmaß gleichartiger oder doch gleichwertiger Einrichtungen zur Sicherung von Leben und Gesundheit, sowie zur Versorgung der Arbeiter bei Krankheit, Unfall und Invalidität** zu treffen. Ich rechne bei der Vorbereitung auf den **sachkundigen Rat der Arbeiterverbände** sowohl wie der Unternehmer. Solange noch **deutsche Volksgenossen in Gefangenschaft** sind, werde ich mich um die **warme Fürsorge für ihr Wohl** mit allen Kräften bemühen. (Allseitiger Beifall.) Ich **bin überzeugt, daß dieses Programm**, von dem ich nur die Grundzüge **dargestellt** habe, den **Vergleich mit allen fremden Regierungsgrundsätzen aushält.** Noch mehr auf Einzelheiten einzugehen, scheint mir heute nicht angebracht. Die **Beratungen**, die wir **vor dem Zustandekommen der neuen Regierung** gepflogen haben, sind **zwar viel mehr in die Tiefe gegangen**, als ich in dieser knappen Zusammenfassung wiederzugeben vermag. Ich **glaube aber andererseits** auch, daß dem Hause jetzt gar nichts daran gelegen ist, meine Auffassung über diese Nebendinge kennen zu lernen. Das entscheidende ist meine **Auskunft über den allgemeinen Geist der neuen Regierung.** Denn jeder, der diese richtig versteht, kann ohne weiteres daraus folgern, wie die Reichsleitung sich zu den schwebenden Einzelfragen stellt. Von unmittelbarer Wichtigkeit aber sind jetzt die Folgerungen, die die neue Reichsleitung in der kurzen Zeitspanne ihres Daseins praktisch aus der Lage, die sie vorfand, und aus der Nutzanwendung ihrer politischen Grundsätze aus dieser Lage gezogen hat. Mehr als vier Jahre des blutigsten Ringens gegen eine Welt von zahlenmäßig überlegenen Feinden liegen hinter uns: **Jahre voll schwerster Kämpfe und schmerzlichster Opfer.** Ein jeder von uns trägt seine Narben, nur allzuviele sogar noch offene Wunden, sei es im verborgenen Grunde der Seele oder an seinem opferbereit für die deutsche Freiheit auf dem Schlachtfelde preisgegebenen Körper. (Sehr wahr!) Trotzdem aber sind wir starken Herzens und voll von zuversichtlichem Glauben an unsere Kraft entschlossen, für unsere Ehre und Freiheit und für das Glück unserer Nachkommen auch noch schwerere Opfer zu bringen, wenn es unabänderlich ist. (Stürm. Beifall.) Mit tiefer heißer Dankbarkeit gedenken wir unserer tapferen **Truppen, die** unter glänzender Führung während des ganzen Krieges **fast Uebermenschliches geleistet haben** und deren bisherige Taten sicher verbürgen, daß unser aller Schicksal auch fernerhin in guten zuverlässigen Händen bei ihnen liegt. (Bravo!) **Im Westen tobt seit Monaten eine einzige furchtbare menschenmordende Schlacht.** Dank dem unvergleichlichen Heldentum unserer Armee, das als unvergängliches Ruhmesblatt in der Geschichte des deutschen Volkes fortleben wird für alle Zeiten, ist die Front ungebrochen. Dieses stolze Bewußtsein läßt uns mit Zuversicht in die Zukunft blicken.

Gerade weil wir von dieser Gesinnung und Ueberzeugung beseelt sind, ist es aber auch unsere Pflicht, die Gewißheit darüber herbeizuführen, daß das opfervolle blutige Ringen

nicht einen einzigen Tag

bis über den Zeitpunkt hinausgeführt wird, wo uns ein Abschluß des Krieges möglich erscheint, der unsere Ehre nicht berührt. Ich habe deshalb auch nicht erst bis zum heutigen Tage gewartet, ehe ich handelnd zur Förderung des Friedensgedankens eingriff. (Beifall.) **Gestützt auf das Einverständnis aller dazu berufenen Stellen im Reich und auf die Zustimmung der gemeinsam mit uns handelnden Bundesgenossen habe ich in der Nacht zum 5. Oktober**

durch die Vermittlung der Schweiz an den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika eine Note gerichtet, in der ich ihn bitte, die Herbeiführung des Friedens in die Hand zu nehmen und hierzu mit allen kriegführenden Mächten in Verbindung zu treten.

(Bewegung.) **Die Note trifft schon heute oder morgen in Washington ein. Sie richtet sich an den Präsidenten der Vereinigten Staaten, weil dieser in seiner Kongreßbotschaft vom 8. Januar 1918 und in seinen späteren Kundgebungen, besonders auch in seiner Neuyorker Rede vom 24. September ein Programm für den allgemeinen Frieden aufgestellt hat, das wir als Grundlage für die Verhandlungen annehmen können. Ich habe diesen Schritt auf dem Wege zu der Erlösung nicht nur Deutschlands und seiner Verbündeten, sondern der gesamten, seit Jahren unter dem Kriege leidenden Menschheit auch deshalb getan, weil ich glaube, daß die auf das künftige Glück der Völker gerichteten Gedanken, die Herr Wilson vertritt, sich völlig mit den allgemeinen Vorstellungen im Einklang befinden, in denen sich auch die neue deutsche Regierung und mit ihr die weit überwiegende Mehrheit unseres Volkes bewegt.** (Zustimmung bei der Mehrh.) **Was mich selbst betrifft, so können meine früheren, vor einem anderen Hörerkreise gehaltenen Reden bezeugen, daß sich in der Vorstellung, die ich von einem künftigen Frieden hege, keinerlei Wandlung in mir vollzogen hat, seitdem ich mit der Führung der Reichsgeschäfte beauftragt worden bin.** (Zustimmung.)

Was ich will, ist ein

ehrlicher, dauernder Friede für die gesamte Menschheit,

und ich glaube daran, daß ein **solcher Friede** zugleich auch der **festeste Schutzwall für die künftige Wohlfahrt unseres eigenen Vaterlandes wäre.** (Beifall links und im Zentr.) Zwischen den nationalen und internationalen Pflichtgeboten sehe ich deshalb mit Bezug auf den Frieden keinerlei Unterschied. (Sehr richtig! links.) Das Entscheidende liegt für mich ausschließlich darin, daß diese Gebote **von allen Beteiligten mit derselben Ehrlichkeit als bindend anerkannt und geachtet werden, wie das von mir und den anderen Mitgliedern der neuen Regierung gilt.** (Beifall links.)

So sehe ich denn mit der inneren Ruhe, die mir mein Gewissen als Mensch und als Diener unseres Volkes verleiht, und die sich zugleich auf das feste Vertrauen zu diesem großen, treuen, jeder Hingebung fähigen Volk und seiner ruhmvollen Wehrmacht gründet, dem Ergebnis der ersten Handlung entgegen, die ich als leitender Staatsmann des Reiches unternommen habe. Wie dieses Ergebnis auch ausfallen möge: ich weiß, daß es **Deutschland fest entschlossen und einig finden wird, sowohl zu einem redlichen Frieden**, der jede eigensüchtige Verletzung fremder Rechte von sich weist, **als auch zu dem Endkampfe auf Leben und Tod**, zu dem unser Volk ohne eigenes Verschulden **gezwungen wäre**, wenn die Antwort der mit uns im Kriege stehenden Mächte auf unser Angebot von dem Willen, uns zu vernichten, diktiert werden sollte. (Stürm. Beifall.) Kein Zagen befällt mich bei dem Gedanken, daß dieses zweite Ergebnis eintreten könnte, denn ich kenne die Größe der gewaltigen Kräfte, die auch jetzt noch in unserem Volke vorhanden sind, und ich weiß, daß die unwiderlegliche Ueberzeugung, um gar nichts weiter, als um unser Leben als Nation zu kämpfen, diese Kräfte verdoppeln würde. (Lebh. Beifall.) **Ich hoffe aber um der gesamten Menschheit willen, daß der Präsident der Vereinigten Staaten unser Angebot so aufnimmt, wie wir es meinen. Denn wäre die**

Tür zu einem baldigen ehrenvollen Frieden des Rechts und der Versöhnung

sowohl für uns wie für unsere Gegner geöffnet. (Stürmischer Beifall.)

Präsident Fehrenbach:

Die bedeutsamen Ausführungen des Reichskanzlers über die innere und äußere Politik werden Gegenstand eingehender Erörterung unserer nächsten Sitzungen sein. Aber auf das Friedensangebot der neuen Regierung an den Präsidenten der Vereinigten Staaten Nordamerikas gestatten Sie mir ein kurzes Wort anzufügen.

Frieden! Ein großes hoffnungsreiches Wort!

Es würde die **Erlösung der Menschheit aus jahrelangen Qualen** bringen. Unsere **Frauen und Kinder** würden **diesen Frieden** vor allem **begrüßen** und auch unsere **Soldaten würden die Rückkehr in die Heimat begrüßen**, wenn sie durch harte Kämpfe einen **wirklichen Frieden der Verständigung** die Wege geebnet haben, der allein die **Garantie der Dauer** in sich bürgt. Das deutsche Volk sieht mit Stolz auf sein kampferprobtes Heer und auf seine Marine, die weit über vier Jahre unser Vaterland gegen feindliche Uebermacht verteidigt. Das deutsche Volk beklagt tief und empfindet aufs schmerzlichste die Wunden, die nicht nur draußen an der Front, sondern auch bei uns in der Heimat geschlagen worden sind. Aber ebenso wie jeder einzelne Soldat an der Front, so ist auch jeder Deutsche daheim bereit, für sein Vaterland, wenn es gefordert werden sollte, jedes Opfer zu bringen. (Bravo!) Ich möchte wünschen, daß solche Opfer nicht gebracht werden müssen, denn das **deutsche Volk wünscht den Frieden, nicht** den Krieg. (Sehr wahr!) Ebenso wie alle anderen Völker sehnt es den Frieden herbei, der diesem furchtbaren Blutvergießen ein Ende bereitet. Deshalb begrüßen wir den uns mitgeteilten Schritt der Regierung, der uns eine, wenn auch noch unbestimmte Aussicht auf den Frieden eröffnet.

Im Namen des deutschen Volkes und des Reichstages, dessen große Mehrheit mit diesem bedeutungsvollen Schritt der Regierung einverstanden ist, erkläre ich, daß wir das Friedensangebot billigen und uns zu eigen machen. (Lebhafter Beifall.)

Ich glaube annehmen zu dürfen, daß die Fraktionen nunmehr zunächst das Bedürfnis haben, sich über die Rede des Herrn Reichskanzlers im eigenen Rahmen zu unterhalten. Ich schlage Ihnen deshalb vor, sich zu vertagen und den Präsidenten zu ermächtigen, die nächste Sitzung einzuberufen, sobald die Verhältnisse es erfordern.

Abg. Haase (U. Soz.): Namens meiner Fraktion widerspreche ich diesem Vorschlage des Präsidenten und beantrage, die Debatte über die Erklärungen des Reichskanzlers zu eröffnen, und zu diesem Zweck eine Sitzung auf nächsten Montag anzuberaumen. Das Waffenstillstandsangebot und das Ersuchen um Einleitung sofortiger Friedensverhandlungen auf Grundlage der Wilsonschen Erklärungen sind von welthistorischer Bedeutung. Wir sind mit diesem Schritt einverstanden, denn wir halten ihn für eine Rechtfertigung der Stellung, die wir von Beginn des Krieges an eingenommen haben. (Sehr wahr! b. d. U. Soz.) Haben wir doch, unbeirrt durch die Kriegslage und frei von nationalistischem Denken stets den demokratischen Frieden gefordert. (Sehr wahr! b. d. U. Soz.) Dieser Friede ist nur gesichert, wenn das internationale Proletariat seine Herbeiführung in die Hand nimmt. Zu der Diplomatie fehlt uns das Vertrauen. Aufgabe der Volksvertretung wäre es, in diesem historischen Augenblick, da das alte System abdanken muß, auf das künftige Geschick des deutschen Volkes entscheidenden Einfluß zu üben und die Souveränität des Volkes zur Geltung zu bringen. (Sehr wahr! b. d. U. Soz. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident Fehrenbach: Diese Ausführungen gehen über den Rahmen der Geschäftsordnung hinaus und gehören zur Sache selbst.

Abg. Haase (U. Soz., fortfahrend): Ich komme gleich auf das Moment, das den Zusammenhang erläutert. In jedem Hause, in jeder Hütte und in jeder Werkstatt werden sofort die schicksalsschweren Entscheidungen, die uns bevorstehen, erregt erörtert werden, aber der Deutsche Reichstag schaltet sich selbst in dem Augenblick aus, in dem die Demokratisierung der deutschen Verfassungszustände anzubahnen versucht wird. Wir halten dies Verfahren für schädlich im Interesse des Volkes, des Friedens und der Freiheit. Deswegen legen wir dagegen Protest ein und setzen unser Vertrauen zur Erringung des Friedens und der Freiheit auf die Waffen des Volkes. (Lebh. Beifall b. d. U. Soz.)

Abg. Seyda (Pole): Wir Polen widersprechen ebenfalls der Vertagung und beantragen, sofort eine Diskussion über die Erklärungen des Reichskanzlers zu eröffnen. Diese Erklärungen, insbesondere das Friedensangebot der Regierung, worin sie das Friedensprogramm des Präsidenten Wilson als geeignete Grundlage für die Friedensverhandlungen angenommen hat, sind nach unserer Auffassung Tatsachen von so welthistorischer Tragweite, daß unmöglich der Reichstag ohne sofortige eingehende Diskussion darüber hinweggehen kann. (Zustimmung b. d. Polen u. U. Soz.) Ich will nur hervorheben, daß unter den Wilsonschen Friedensbedingungen sich insbesondere auch die befindet, daß ein unabhängiger polnischer Staat errichtet werden soll, der alle polnischen Länder mit einer Meeresküste umfaßt. Indem die deutsche Regierung auch diesen Punkt zur Grundlage von Friedensverhandlungen annimmt, erkennt sie zum ersten Male an, daß die Bestrebungen der polnischen Nation auf Vereinigung aller polnischen Landesteile zu einem unabhängigen Staate berechtigt sind. (Sehr wahr! b. d. Polen. Unruhe. Glocke des Präsidenten.)

Präsident Fehrenbach: Die Worte, die ich dem Abg. Haase entgegengehalten habe, gelten für Sie noch in erhöhtem Maße, ich bitte, sich zur Geschäftsordnung kurz zu fassen.

Abg. Seyda (fortfahrend): Ich komme sofort auf den Zusammenhang dieser Tatsachen (Heiterk.) mit den Gründen, die für eine Diskussion sprechen. Allseitig wird das Bedürfnis für einen dauernden Frieden anerkannt. Der Reichstag muß es als seine Aufgabe betrachten, die Bedingungen für einen solchen dauernden Frieden unverzüglich klar zu legen. Deshalb erscheint uns eine sofortige eingehende Erörterung der Kanzlerrede unbedingt notwendig. (Bravo! b. d. Polen.)

Abg. Ebert (Soz.): Der Ernst der Stunde **gebietet der Volksvertretung, alles zu tun, was den Frieden fördert.** (Sehr wahr!) Wir haben durch den Mund des Präsidenten zum Ausdruck bringen lassen, daß wir den Friedensschritt, den die Reichsleitung unternommen hat, unsere Zustimmung geben. Nun wird die Aufmerksamkeit und das Interesse unseres Volkes und der ganzen Welt darauf gerichtet sein, welches Ergebnis dieser Schritt hat. (Lebh. Zustimmung.) Ich glaube, **alle die, die es ernst meinen mit dem Frieden, dürfen nichts tun, was geeignet ist, diesen Schritt zu gefährden.** Der Vorschlag des Herrn Präsidenten sagt nur, daß unsere Verhandlungen auf einige Tage ausgesetzt werden, um sehen zu können, welche Wirkung der Friedensschritt der deutschen Regierung auslöst. Ich bin fest überzeugt, draußen in unserem Volke wird jeder einzelne verstehen, daß das Interesse des Volkes gebietet, nun alles zu tun, um den Frieden herbeizuführen. (Lebh. Zustimm. b. d. Mehrheit, Unruhe b. d. U. Soz.)

Der Vorschlag des Präsidenten wird hierauf gegen die Stimmen der U. Soz. und der Polen angenommen.

Schluß 6¼ Uhr.

Politische Rundschau

Deutschland.

Die neue Regierung.

Aus Berlin wird uns gemeldet: Die sozialdemokratische Fraktion hat als Unterstaatssekretär für das Reichswirtschaftsamt den Genossen Robert Schmidt bezeichnet. Neben den Staatssekretär des Reichsarbeitsamts, Genossen Bauer, rückt der Zentrumsabgeordnete Arbeitersekretär Giesberts als Unterstaatssekretär. Der Abgang des preußischen Kriegsministers ist sicher. Alle Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß der Reichskanzler auch preußischer Ministerpräsident wird.

Frie..erg bleibt stellvertretender preußischer Ministerpräsident und wird als solcher, nicht als Staatssekretär, zu wichtigen Beratungen des engeren Kabinetts zugezogen werden.

Wie die „N. A. Z." mitteilt, scheidet auch der Chef der Reichskanzlei, v. Radowitz, aus, ebenso der Staatssekretär des Kriegsernährungsamts, v. Waldow.

In einem Erlaß des Kaisers wird verfügt, daß sämtliche Staatssekretäre für die Dauer ihres Amtes das Prädikat Exzellenz führen sollen.

Systemwechsel auch in Elsaß-Lothringen?

Die „Vossische Zeitung" berichtet: Die große Umwandlung in der Reichsleitung dürfte auch die Verhältnisse in Elsaß-Lothringen nicht unberührt lassen. Die Stellung des Statthalters v. Dallwitz gilt als schwer erschüttert und man erwartet seinen baldigen Rücktritt. Er soll angeblich durch den Oberlandesgerichtspräsidenten von Köln, Frenken, ersetzt werden, der früher Staatssekretär in Elsaß-Lothringen war. Ferner wird geplant, elsässische Landtagsabgeordnete als Unterstaatssekretäre in die Landesregierung aufzunehmen.

Die wahlrechtsfeindlichen Kreisblätter.

Von liberaler Seite war die Regierung wiederholt auf die Haltung der preußischen Kreisblätter in der Wahlrechtsfrage aufmerksam gemacht worden. Diese Blätter, die eine feine Witterung für die politischen An- und Absichten der preußischen Landräte und Oberpräsidenten sowie für die politische Rolle haben, die diese Herrschaften in Preußen spielen, hielten es für angebracht, die Regierungspolitik in der Frage des Wahlrechts zu durchkreuzen und gegen das allgemeine Wahlrecht in Preußen Stimmung zu machen. Es ist nun als eine der letzten Taten des verflossenen preußischen Staatsministeriums der Beschluß gefaßt worden, den Kreisblättern, die in dieser wichtigen Frage weiterhin in der Oppositionsstellung verharren, das Vertragsverhältnis zu kündigen. Eine dementsprechende Anweisung ist an die Oberpräsidenten ergangen.

Die Lage in Bulgarien.

Die geheime Sitzung der Sobranje, welche nicht weniger als fünf Stunden dauerte, in der die Vertreter aller parlamentarischen Parteien der Reihe nach um das Wort baten, um sich über ihre Auffassungen auszusprechen, schloß mit folgender einstimmig angenommener Tagesordnung: Nachdem die Nationalversammlung die Erklärung des Ministerpräsidenten über die Gründe, die zum Abschluß eines Waffenstillstandes mit den Ententestaaten führten, gehört hatte, billigt sie das Vorgehen der Regierung und geht zur Tagesordnung über.

Der neue König hat seinen ersten Ukas unterzeichnet, der die Demobilisierung anerkennt.

Der offiziöse „Preporetz" veröffentlicht folgende Bedingungen, unter denen der Waffenstillstand abgeschlossen ist:

Bulgarien räumt alle Gebiete, welche bis zu dem Kriege Serbien und Griechenland gehört haben. In den Gebieten, welche von den Ententetruppen besetzt sind, wird die bulgarische Verwaltung wieder eingeführt. Bulgarien demobilisiert seine ganze Armee mit Ausnahme von drei Divisionen und vier Kavallerieregimentern, mit welchen es die Dobrudscha und die östliche Grenze schützen wird. Waffen und Artilleriematerial der demobilisierten Armeeteile werden von den bulgarischen Behörden unter bestimmte Kontrolle der Orientarmee gestellt, wie die Ententearmee heißt. Die Teile der bulgarischen Armee, welche sich im Moment der Unterzeichnung des Waffenstillstandes vom 29. September westlich von Üskueb befanden und abgeschnitten waren, legen die Waffen nieder und werden bis auf weiteres zurückbehalten. Die Offiziere behalten ihre Waffen. Deutschland und Oesterreich-Ungarn wird eine vierwöchige Frist gewährt, um ihre Truppen und ihre militärischen Organe aus Bulgarien zurückzuziehen. Innerhalb derselben Frist müssen auch die diplomatischen und konsularischen Vertreter der Zentralmächte wie auch deren Staatsangehörige Bulgarien verlassen.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Montag, 7. Oktober.

Der Sozialdemokratische Verein hält am kommenden Mittwoch abend 8 Uhr im Gewerkschaftshaus eine wichtige Mitgliederversammlung ab. Genosse Stelling wird über den Eintritt der Sozialdemokratie in die Regierung und die politische Situation referieren. Das Thema wird sicherlich Gelegenheit zu einem regen Meinungsaustausch geben, zumal in Anbetracht der ungeheuer bedeutungsvollen Ereignisse der letzten Tage. Weiter steht die Abrechnung vom dritten Quartal sowie „Innere Vereinsangelegenheiten" auf der Tagesordnung. Reger Besuch ist notwendig. Mitgliederbücher müssen vorgezeigt werden.

Die Schreier nach der militärischen Diktatur

sehen sich jetzt am Grabe ihrer Hoffnungen. Sie müssen erkennen, daß ein neuer Geist, der ihrem im alten Untertanenstaat wurzelnden Empfinden völlig fremd ist, in Deutschland seinen Einzug hält, daß das Volk selbst durch seine Vertreter den bestimmenden Einfluß auf sein Geschick gewinnen soll. In den alldeutsch-vaterlandsparteilichen „Lübeckischen Anzeigen" wird darüber folgendes herzzerbrechende Klagelied angestimmt:

„Es gilt, den Tatsachen gerade ins Auge zu sehen und die Dinge beim rechten Namen zu nennen: der Amtsantritt des ersten Prinzen und Erben eines bundesstaatlichen Thrones als Reichskanzler und seine Vorstellung vor dem deutschen Volke bedeutet das Ende des bisherigen, in Bismarcks Geist und Traditionen wurzelnden Deutschland und Preußen. Die Umwälzung, die sich auf dem Gebiete der Reichsverfassung vollzieht, ist grundstürzender, die Fundamente des Bestehenden beseitigender Art; man wird künftig von der Krone Preußen und von dem Deutschen Kaiser in ganz anderem Sinne, mit wesentlich minderem Bedeuten zu sprechen haben; und wenn etwas geeignet ist, die Tragik dieses Geschehens zu steigern, so ist es die Tatsache, daß die Krone selbst es war, die die erste Erde auf den Sarg ihres bisherigen Wesens und Seins warf. Die Tragik, die zum Zorne führt, liegt aber noch tiefer. Hier wurde ein Königswort, eine hohe und schöne Absicht der Krone mißbraucht zu niedrigem Parteivorteil, verfälscht in der Tendenz und in der Wirkung. Der Entfesselung aller nationalen Kräfte wider den äußeren Feind sollte der kaiserliche Erlaß die Bahn frei machen; er ebnete sie, wie die Entwicklung zeigt, dem Sieg des Parteihaders über jegliche von dem Ernst der Stunde geforderte Mäßigung, dem rücksichtslosen Kampfe einer sogenannten Mehrheit gegen den inneren Gegner. Demokratisierung, Parlamentarisierung ist die Parole des Tages und das Zeichen, in dem die preußische Regierung steht. Mit der Spitze gerichtet gegen die dynastischen, monarchischen Grundlagen und gegen die Wehrhaftigkeit, den Einfluß und die Bedeutung militärischer Momente. Damit sind die Fundamente preisgegeben, auf denen der Bau des preußischen Staates seit dem Großen Kurfürsten, seit dem Soldatenkönig und seit dem Großen Friedrich geruht hat."

Der Schmerz darüber, daß dem preußischen Volk das gleiche Wahlrecht [illegible] zum Aus-

Der amtliche Kriegsbericht.

WTB. Großes Hauptquartier, 7. Oktbr. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

In Flandern und bei Cambrai reger Tag.

Heeresgruppe des Generalobersten v. Boehn.

Nördlich von St. Quentin dauern die schweren Kämpfe seit Mitte September fast ununterbrochen fort. Trotz wiederholten Einsatzes frischer Verbände hat der Feind hier bisher keine nennenswerten Erfolge erzielen können. Auch gestern sind seine Angriffe, die sich am Vormittag nordöstlich von le Catelet und beiderseits von Le dines entwickelten und am Nachmittag auf breiterer Front önrdlich von St. Quentin vorbrachen, gescheitert. Der Feind, der am Sammelkanal zunächst bei Essigny—le Petit Boden gewann, wurde durch erfolgreiche Vorstöße und nächtliche Unternehmungen wieder bis auf Renancourt zurückgedrängt.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Der Feind folgte gegen unsere neuen Stellungen an der Aisne und Suippe, zwischen Pontavart und Bazancourt hart nach und stieß vielfach im Angriff gegen sie vor. Kämpfe entwickelten sich bei Pontavart und Berry-au-Bac, beiderseits der Straße Reims—Nieuve Chatelle und bei Bazancourt. Der Feind wurde überall abgewiesen. An einzelnen Stellen zeigten sich kleine Abteilungen auf dem nördlichen Suippe-Ufer. Mit stärkeren Kräften griff der Feind an der Arnes und westlich von Etienne an. Auch hier blieben seine Angriffe in unseren Gegenstößen ohne Erfolg.

An der Schlachtfront in der Champagne trat gestern nach zehntägigen erbitterten Kämpfen Gefechtspause ein. Oestlich von St. Etienne, bei Orfeuil und Autry wurden Teilangriffe, an vielen Stellen der übrigen Front starke Erkundungsvorstöße des Feindes abgewiesen.

Heeresgruppe Gallwitz.

Zwischen den Argonnen und der Maas setzte der Amerikaner seine heftigen Angriffe fort. Das Infanterie-Regiment, Gen.-Feldmarschall v. Hindenburg, Nr. 147, das schon westlich der Maas in erfolgreicher Abwehr und in Angriffen entscheidend dazu beitrug, den Durchbruch des Feindes zu verhindern, schlug auf den Höhen östlich der Aires den Feind zurück. Gefr. Kleinopski tat sich dabei besonders hervor. Schwerpunkt der feindlichen Artillerie lag auch gestern zu beiden Seiten der von Charpentry auf Camagni führenden Straße. Die dort seit Tagen in Kämpfen stehenden elsaß-lothringischen und westfälischen Regimenter brachten den mehrfachen Ansturm des Feindes völlig zum Scheitern. Der Amerikaner erlitt wiederum schwerste Verluste.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Die Tat allein
Beweist der Liebe Kraft.
Du liebst Dein Land!
Handle. Bring' ihm Dein Geld!

Darum zeichne!

druck gebracht werden, als es hier im lübschen Amtsblatt geschieht. Mißbraucht wurde das Königswort von denjenigen, die daraus eine Farce machen wollten und die seiner Einlösung Hindernisse über Hindernisse entgegentürmten. Richtig ist, daß durch die Volksregierung die „militärischen Momente" zurückgedrängt werden, und das ist auch eine ihrer Aufgaben. Die Zukunft muß andere wichtigere Probleme lösen als militärische, und das Volk bedarf der Vormundschaft durch einzelne privilegierte Klassen nicht.

Die Rede des neuen Reichskanzlers findet begreiflicherweise nicht die Anerkennung des bisher eroberungslustigen alldeutsch-vaterlandsparteilichen lübeckischen Regierungsorgans. Aber das Blatt, das sich seinerzeit über die Ablehnung des ersten deutschen Friedensangebotes freute, betont, daß auch das Anerbieten der neuen Regierung abgelehnt werden könnte und bemerkt zu dieser Möglichkeit:

„**Benötigen wir die Ablehnung des Friedensangebotes** als neuen Ansporn, ist das deutsche Volk so — töricht, daß es nicht heute schon weiß, daß es um Alles, aber auch buchstäblich um Alles geht?! **Daß es gerade jetzt, vielleicht eine Viertel-, vielleicht eine halbe Stunde vor dem Zusammenbruch der Feinde — denn sie können nicht mehr — heißt, alle Gewalt, Gewalt, Gewalt ohne Maß und Ziel,** wie Wilson sagte, **einzusetzen,** um uns doch, trotzdem und trotzdem, die Sonne des Sieges schauen zu lassen, die den Frieden bringt, der uns Luft und Licht läßt in der freien Welt, der uns nicht erstickt, wie der Friede, den wir heute anbieten!"

Mit der Behauptung, daß die Feinde Deutschlands kurz vor dem Zusammenbruch ständen, daß sie nicht mehr können, haben die Eroberungspolitiker nun ihre Gläubigen schon seit Jahren genarrt. Ob sie wirklich meinen, daß die gegenwärtige Situation eine gute Illustration zu diesem Text abgibt? Sind sie blind oder glauben sie es von denjenigen, an die sie sich wenden? Blinde und Narren sind aber schlechte Führer, und wer ihnen vertraut, kann leicht in den Abgrund stürzen.

Erhöhung der Familienunterstützung.

Auch in diesem Jahre wird vom 1. November ab, laut „Norddeutscher Zeitung", eine Erhöhung der Familienunterstützung mit Rücksicht auf die Teurungsverhältnisse erfolgen. Der Mindestsatz an Familienunterstützung beträgt für die Ehefrau 20 Mk, für Kinder sowie für sonstige unterstützungsberechtigte Personen 10 Mk. monatlich. Zu diesem Satz werden bereits seit dem 1. November 1917 Erhöhungen bis zu 5 Mk. an jeden Unterstützungsberechtigten gezahlt und zwar aus Reichsmitteln je nach dem Beschluß der einzelnen Lieferungsverbände. Eine vom Bundesrat jetzt angenommene Verordnung sieht eine weitere Erhöhung der bisher gewährten Sätze abermals bis zu 5 Mk. vor. Die Beschlußfassung auch über die neu zu gewährende Erhöhung ist den Lieferungsverbänden überlassen. — Natürlich sind 5 Mk. keine den heutigen Teurungsverhältnissen entsprechende Erhöhung. Deshalb muß hier in Lübeck aus staatlichen Mitteln ein entsprechender weiterer Zuschuß geleistet werden.

Ein nachahmenswertes Beispiel.

Weil die hier in Lübeck gezahlten Unterstützungen an die Kriegerfamilien und die Hinterbliebenen von Kriegsteilnehmern nicht ausreichend sind, wird von der sozialdemokratischen Fraktion deren allgemeine Erhöhung dringend gefordert. Auch die Bürgerschaft hat einem entsprechenden Antrag von Stelling zugestimmt. Einen sehr guten Eindruck hätte es natürlich gemacht, wenn der Senat einmal von sich heraus [illegible] Erhöhung dieser Unterstützungen gekommen wäre, denn wenn er der Meinung ..., daß die Beamten und die Senatoren einer Erhöhung ihrer Be... züge dringend benötigen, dann mußte er auch wissen, daß dies i... viel größerem Maße für die Kriegerfamilien erforderlich ist. I... Hamburg hat jetzt die Vertrauenskommission dem Senatsantra... zugestimmt, der eine Erhöhung der Familienunterstützung vorsieh... Danach wird die bisher gezahlte Familienunterstützun... für jede Kriegerfrau um 25 Mk. erhöht werden un... für jeden sonst Unterstützungsberechtigten, also auch für jede... Kind, um 15 Mk. Die neuen Sätze gelten mit rückwirkende... Kraft vom 1. Oktober. Auch die Anrechnung des Ar... beitsverdienstes wird eine Aenderung erfahren. Denn auc... hier ist man gleich wie bei der Erhöhung der Familienunter... stützung den kürzlich vom Gewerkschaftskartell erhobenen Wünsche... gefolgt. Der Arbeitsverdienst wird nicht angerechnet bis zu eine... Höhe von 80 Mk. bei einer alleinstehenden Frau beziehungsweis... bei einer Frau mit einem Kinde. Bei einer Frau mit zwei Kin... dern wird der Arbeitsverdienst in Höhe von 100 Mk. nicht ange... rechnet, und bei einer Frau mit mehr als zwei Kindern komm... der Arbeitsverdienst in Höhe von 120 Mk. nicht zur Anrechnung.

Das ist ein gutes Beispiel, dem man auch in Lübeck folge... sollte.

Die Ortskrankenkasse in Lübeck hatte am 1. Oktober 191... 31 519 Mitglieder, darunter 88 Mitglieder von Ersatzkassen, dere... Rechte ruhen, gegen 31 316 im Jahre 1917. Auf Männer entfiele... davon 16 257 (1917: 16 277), auf Frauen 15 262 (1917: 15 039). Erwerbsunfähig krank waren am letzten September 500 Männe... (1917: 474) und 641 Frauen (1917: 474). Ausweisscheine für Fa... milienangehörige zur Inanspruchnahme ärztlicher Behandlung wurden im September 1786 (1917: 1638) erteilt. Sterbegeld wurde im September für Mitglieder in 36 Fällen, für Angehörige in 32 Fällen gezahlt. Uebertretungen erwerbsunfähiger Mitgliede... gegen die satzungsmäßigen Verhaltungsvorschriften waren in 1... Fällen mit Strafe zu belegen.

Gewerbeanmeldungen für die Monate Juli, August, Septem... ber 1918: Antiquitätenhändler 2, Antiquitätenhändlerinnen 1, Autoreifen- und Vulkanisier-Anstalten 1, Bürstenmacher 1, Brot-, Milch- und Butterhändlerinnen 1, Elektrotechniker 1, Fischhänd... lerinnen 1, Friseure 2, Friseurinnen 2, Gastwirte 1, Goldschmied... 1, Händler 4, Händlerinnen 2, Hauptagenten 2, Haus- und Hypo... thekenmakler 2, Höker und Flaschenbierhändler 2, Hökerinnen 2, Hutmacher 1, Karussellbesitzerinnen 1, Kauffrauen 2, Kaufleute ..., Kaufmännische Agenten 2, Klavierbauer 1, Klempner 2, Klempner... meister 1, Krämer 1, Kunstmaler 1, Kurzwarenhändler 5, Kurz... warenhändlerinnen 1, Manufaktur- und Weißwarenhändlerinne... 1, Meierei- und Schrotmühlenbesitzer 1, Obst- und Gemüsehändle... 2, Obst- und Gemüsehändlerinnen 3, Offene Handelsgesellschafte... 1, Papier- und Schreibwarenhändlerinnen 1, Pfandleiherinnen 1, Photographinnen 2, Produktenhändler 1, Putzmacherinnen 1, Sä... mereienhändler 1, Sanitätsmolkereibesitzer 1, Schankwirte ..., Schankwirtinnen 1, Schneider 2, Schneiderinnen 15, Schneidermei... ster 1, Schuhmacher 2, Spediteure 1, Spitzenhändlerinnen 1, Tanz... lehrerinnen 1, Tischler 1, Trödler 4, Trödlerinnen 1, Unterricht... erteilung über Schuhwarenanfertigung 1, Viehhändler 2, Vieh... händlerinnen 1, Wäschereibesitzer 1, Wäscherinnen und Plätteri... nen 1, Weinhändler 1. Zusammen 106.

wb. **Hansatheater.** Die ungetreue Adelheid, ... neue Schlager, ist eine Wiener Schwank-Operette, an deren — noch dazu haarig unmöglichen — Text sich zwei Autoren: ... Brantl und K. Wanger, angestrengt haben. Die Musik hat Fran... Werther geschrieben. Recht nette Melodien — das reins... Walzerkaleidoskop. Aber auch ein Lokomotivengalopp ist dabe... der wiederholt werden mußte, wie denn überhaupt das anfässig... Publikum des ausverkauften Hauses viele Dakapos verlangt... weil es sich über die Witze, unter denen auch einige moosbe... wachsene waren, und über die grotesken Tanzkouplets recht la... und köstlich amüsierte. An Stelle des erkrankten Tenors wirkt... Herr Direktor Baumgarten mit, der die Partie des Erkrank... ten recht gut im Spiel ausfüllte. Frl. Hansing wurde de... Titelrolle darstellerisch gerecht. Sie war fesch und bemühte sich au... um das Weanerische. Nur gesanglich reicht sie nicht ganz au... Sehr zierlich und gewandt war wieder Frl. Ziemann. Auc... Frau Frisch und Frl. Göben verdienen ein Lob. Herr Gey... hatte in dem Kilian Jaberner eine Bombenrolle und auch Her... Engelmann spielte den reichen Onkel ganz passabel. Seh... erfreulich war der Innozenz Baldamus des Herrn D—... Aber auch der grobe Portier Gebernek des Herrn Holst ver... dient gebührend erwähnt zu werden. Desgleichen Hansl, de... Bauernbub, dem die Busserl lieber sind als die Kronen. De... feldgraue Kapellmeister Kurt Schröder hielt das Ganze gu... zusammen. Man wurde im übrigen wieder durch neue Dekora... tionen angenehm überrascht.

* **Eine Uhrenhandlung bestohlen.** In der Nacht zum 6. d. M... sind aus einer Uhrenhandlung im Fünfhausen nach Zertrümmerung einer Ladenscheibe 16 Nickel-Herrenuhren, 7 silberne Herrenuhren, 4 Nickel-Armbanduhren, 1 silberne Doppeldeckel-Damenuhr, ein goldene Doppeldeckeluhr mit Brillanten, 3 Nickeluhren, 3 Schul... uhren, 20 Herren-Doublee-Uhrketten, 20 Doublee-Damenringe, ... goldene Herrenringe und 1 silb. Zigarettenetui gestohlen.

* **Steckbriefling.** Ermittelt und festgenommen wurde ei... Schiffsheizer aus Thorn, der seitens der Staatsanwaltschaft ... Stettin wegen Diebstahls im Rückfalle steckbrieflich verfolgt wurde.

* **Gestohlener Speck.** Festgenommen wurde ein Schlachter au... Altona, als er von hier mit einem Quantum gestohlenen Spe... abreisen wollte. Einen Komplizen von ihm, einen Gärtner au... Altona, der sich der Hehlerei schuldig gemacht hatte, ereilte das... selbe Schicksal.

* **Vandalismus.** Festgenommen wurde ein Arbeiter au... Suchowec in Oesterreich, der in der Nacht zum 6. d. M. die Laden... scheibe eines Trödlers in der Böttcherstraße zertrümmert hatte.

Hamburg. Unerhörter Fleischextraktschwinde... In zahlreichen Geschäften Hamburgs wird in feinster Aufmachun... ein angeblich dänischer Fleischextrakt (Ködekstrakt „Frem") zu... Wucherpreise von 18 Mk. die Halbkilokruke, 11 Mk. die Halbpfund... kruke, angeboten. Dieser angebliche Fleischextrakt ist eine ganz ge... wöhnliche eingedickte Leimbrühe und entspricht bei weitem nich... den Anforderungen, die an ein Ersatzmittel gestellt werden. Ei... Käufer, der sich betrogen fühlte, ließ die Masse chemisch unter... suchen, und der Bericht des Analytikers lautet folgendermaßen: Wasser 27,40 Proz., Trockensubstanz 72,60 Proz., Mineralstoff... 3,07 Proz., Kochsalz 10,23 Proz., Stickstoff 9,73 Proz., Stickstoff... substanz (Leim, Collagen usw.) 55,56 Proz., Fett 3,70 Proz. Au... dem äußeren Befund und der Analyse ergibt sich, daß es sich u... eingedickte Leimbrühe handelt, wie sie bei der Entfettung de... Knochen durch Autoklaven anfällt. Da die dänische Bezeichnun... Ködekstrakt zu deutsch Fleischextrakt heißt, handelt es sich um eine... groben Betrug, um so mehr, da die Einpfundkruke mit 18 Mk... die Halbpfundkruke mit 11 Mk. in zahlreichen Geschäften der Stad... verkauft wird. Soweit der Bericht des Chemikers. Es ist un... glaublich, mit welcher Keckheit die Hersteller dieses sauberen Pro... duktes („Frem" heißt Vorwärts) vorgehen. Auf dem Etike... (weiße Schrift auf blauem Grunde) heißt es in deutscher Ueber... setzung: Bedenke, daß der Extrakt rein und ungewürzt ist. Aus... schließlich hergestellt aus staatlich kontrolliertem Fleisch und Ochsen... markknochen unter des königlich dänischen Landwirtschaftsministe... riums Kontrolle in Konservenfabrik „Frem" A.-G. Roskild... Kräftig, stark und wohlschmeckend, reines, unverfälschtes Produk... Es bleibe dahingestellt, ob es sich wirklich um ausländisch... Schwindler oder um inländische Gauner, die sich mit einer aus... ländischen Firmenbezeichnung schmücken, handelt. Auf jeden Fa... wird die Bevölkerung in unerhörtester Weise betrogen, und es i... nicht zu verstehen, weshalb die Behörden nicht wachsamer sind.

Hamburg. Verfassung der Stadtgemeinde Hamburg und Erhebung einer Gemeinde-Einkommensteuer. Der Senat legte soeben der Bürgerschaft eine... Gesetzentwurf über die „Verfassung der Stadtgemeinde Hamburg und die Erhebung einer Gemeinde-Einkommensteuer" vor. Da... nach soll die Stadtgemeinde Hamburg den Teil des Hamburgische...

Staatsgebiets umfassen, für den die Landgemeinde-Ordnung keine Geltung hat. Die Angelegenheiten der Stadtgemeinde Hamburg sollen vom Senat und der Stadtbürgerschaft geleitet werden. Die Stadtbürgerschaft besteht aus den nicht im Landgebiet gewählten Mitgliedern der Bürgerschaft. Wasserversorgung, Friedhofwesen, Schlachthofverwaltung, Schankkonzessionswesen, Feuerlöschwesen und die Angelegenheiten des Orts-Armenverbandes Hamburg sind Angelegenheiten dieser Stadtgemeinde. Zur Deckung ihrer Ausgaben soll eine Gemeinde-Einkommensteuer erhoben werden. Diese wird von denjenigen Steuerpflichtigen, die der hamburgischen Staatseinkommensteuer unterliegen, durch einen Zuschlag zu dieser erhoben. Bei den übrigen Steuerpflichtigen wird die Steuer mit dem Betrage erhoben, der sich als Zuschlag ergeben würde, wenn das steuerpflichtige Einkommen der hamburgischen Staatseinkommensteuer unterläge. Für jedes Jahr wird durch Beschluß von Senat und Stadtbürgerschaft bestimmt, wieviel Einheiten der Gemeindeeinkommensteuer erhoben werden. Die Steuerpflichtigen haben als Gemeindeeinkommensteuer von dem dieser Steuer unterliegenden Einkommen denjenigen Betrag zu entrichten, der sich ergeben würde, wenn sie mit diesem Einkommen zu der gleichen Anzahl von Einheiten der Staatseinkommensteuer herangezogen würden.

Neueste Nachrichten.

Kämpfe in Russisch-Karelien.

Stockholm, 6. Oktober. Nach amtlichen finnischen Meldungen kam es am 1. Oktober am Buckhieniend, 35 Km. von der finnischen Grenze im Seengebiet des Kem-Flusses in Russisch-Karelien zu heftigen Kämpfen zwischen einer finnischen Freischar und Roten Abteilungen, in deren Reihen auch Engländer und Serben kämpften. Die Freischar war bereits eingeschlossen, hat sich aber in 7stündigem Kampfe gegen die mehrfach feindliche Uebermacht durchgeschlagen. Die eigenen Verluste waren gering, die feindlichen dagegen sehr bedeutend.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Aus Gründen der Kohlenersparung werden die Herbstferien für die öffentlichen Schulen in der Stadt und den Vorstädten sowie im Eingemeindungsgebiet bis einschließlich Montag, den 14. Oktober, verlängert. Der Unterricht beginnt wieder am Dienstag, dem 15. Oktober ds. Js., zu der für den 9. Oktober festgesetzten Stunde. 4881

Lübeck, den 5. Oktober 1918.

Die Oberschulbehörde.

Als Verlobte empfehlen sich:
Klara Tiehl
Paul Chmilewski
Dänischburg. (4891) Lübeck.

Für die innige Teilnahme und vielen Kranzspenden bei der Beerdigung unseres lieben Entschlafenen dankt allen Beteiligten

Minna Meier geb. Oesterling
und Familie. (4894

Gesucht zum 1. November für kleinen fein. Haushalt (Jagdhaus)
junges Mädchen,
welches gut kocht, Wäsche und etwas Geflügel besorgt. Angebote mit Gehaltsanspruch und Zeugnissen an (4887
Jagdhaus Demern,
Post Rehna i. Meckl.

Jung. Hahn u. Himbeerpflanz.
zu verkaufen. (4889
Stockelsdorf, Lohstr. 59.

Eine weiße Riesenhäsin zu verk. oder gegen graues zu vertausch. u. ein schwarz. Samthut zu verk.
4892) Mittelstr. 2.

Zu kaufen gesucht (4885
Haushaltslumpen, Knochen, Eisen, Papier, Zeitungen, zu höchstem Tagespreis.
Karl Kleinfeld, Waisenhofstr. 25.
Telephon 2430.

Am Donnerstag, d. 10. Oktober
abends 8 Uhr
findet anläßlich der I. Allgem. Kaninchen-Schau „Lubeca"
im weißen Saal der Stadthallen
ein
Oeffentlicher Vortrag
mit Lichtbildern
seitens der Kriegsfell-A.-G. Leipzig über
Kaninchenzucht und Fellverwertung
statt.
Redner: Herr Heinrich Pauser, Hamburg.
Eintritt frei!
4882) Die Ausstellungsleitung.

Stadttheater Lübeck.
Spielzeit 1918/19.
4880
Dienstag, den 8. Oktober
Tannhäuser.
Anfang 7 Uhr
2. Vorstellung im Dienstag-Abonnement.
Mittwoch, den 9. Oktober
Geographie und Liebe.
Anfang 7 Uhr
2. Vorstellung im Mittwoch-Abonnement.
Donnerstag, den 10. Oktober
Das Extemporale.
Anfang 7 Uhr.

Konsumverein für Lübeck u. Umgeg.
e. G. m. b. H.

Achtung Mitglieder!

Mit dem 30. September schliesst unser Geschäftsjahr.

Zur Feststellung des Umsatzes der Mitglieder müssen die in der Zeit vom 1. Oktober 1917 bis 30. September 1918 bei den Einkäufen erhaltenen **Marken**, soweit sie volle zwanzig Mark betragen, und die **Mitgliedsbücher** in der Zeit

vom 1. bis 10. Oktober 1918

in den Warenabgabestellen abgeliefert werden.

Nur in dieser Weise abgelieferte Marken können zur Berechnung der Rückvergütung in Betracht gezogen werden.

Nach dem 10. Oktober abgelieferte Marken haben keine Gültigkeit.

Etwa den Betrag von 20 Mk. nicht erreichende Marken sind im Oktober—November 1918 beim Umtausch zu verwenden.

Die bei der Ablieferung erhaltene **Quittung** bitten wir sorgfältig aufzubewahren, da nur gegen Rückgabe derselben die Rückvergütung ausbezahlt wird.

4884 **Der Vorstand.**

Sozialdemokratisch. Verein.
Mittwoch, den 9. Oktober
abends 8 Uhr (pünktlich)
Mitglieder-Versammlung
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.
Tagesordnung:
1. Abrechnung vom 3. Quartal.
2. Der Eintritt der Sozialdemokraten in die Regierung und die politische Situation.
Referent: Genosse Johs. Stelling.
3. Innere Vereinsangelegenheiten.
Des großen politischen Interesses wegen wird ein zahlreicher Besuch der Mitglieder erwartet.
Die Mitgliedsbücher sind beim Eintritt vorzuzeigen!
Der Vorstand.

Jugendes Illustrettchen
zu verkaufen. (4896
Moislinger Allee 87 a, I.

Dr. Leonhard
zurück. 4890

Hansa-Theater.
Heute abend 7 Uhr: (4897
Die Czardasfürstin.

Uhren-Reparaturen
Billige Preise. (48
Gr. Auswahl in Wan
Tisch-, Weck- und Taschenuhren.
Hermann Voß
Uhrmacher.
Breite Strasse 54 und Hüxstr.

Nur noch 4 Tage
bis zur Eröffnung der I. Allgem. Kaninchenschau „Lubeca" in den Stadthallen. (4883

Drucksachen aller Art
Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co

Nr. 235
25. Jahrgang

Beilage zum Lübecker Volksboten

Montag, den 7. Oktober 191

Rußland hebt den Brester Frieden mit der Türkei auf.

Es erwartet von Deutschland seine freiwillige Aufhebung.

Die hier wiederholt angekündigte Entwicklung hat sich vollzogen. Rußland hat den mit der Türkei in Brest-Litowsk abgeschlossenen Frieden für null und nichtig erklärt. Ueber die Gründe dieses voraussichtlich rasch vorübergehenden Nebenkriegszustandes unterrichtet folgende Note, die, wie der Korrespondent des „Neuen Wiener Journals", Dr. Friedegg, erfährt, von der Räteregierung der Türkei übersandt worden ist:

„Durch den Friedensvertrag von Brest-Litowsk vom dritten März d. J. sind zwischen Rußland und der Türkei neue politische und territoriale Beziehungen geschaffen worden. Der Artikel IV des Vertrages von Brest-Litowsk gewährte der Bevölkerung der Provinzen von Kars, Ardahan und Batum, die vorher ein Bestandteil der russischen Republik waren, das Recht, ein neues Regime im Einvernehmen mit den benachbarten Staaten, insbesondere mit der Türkei zu errichten. Das Schicksal dieser Gebiete, ihre internationale Lage sollte bestimmt werden durch den Willen ihrer Bevölkerung. Indessen wurden seit der Unterzeichnung des Friedensvertrages diese Distrikte **von den ottomanischen Truppen besetzt**, und es wurden dort die Einrichtungen der militärischen Okkupation geschaffen, begleitet von

Räubereien und unerträglichen Plünderungen

und Akten der Grausamkeit gegen die friedliche Bevölkerung. Zugleich mit der Einführung der türkischen Herrschaft wurde die gewaltsame Rekrutierung der männlichen Bevölkerung, vom 19. Lebensjahr angefangen, durchgeführt. Die Bevölkerung, deren freier Willensausdruck durch die neue Ordnung der Dinge festgestellt werden sollte, wurde terrorisiert und in Lebensbedingungen gebracht, von denen man nur sagen kann, daß sie eine Komödie und eine Beleidigung des Begriffs Recht sind. Die angesehenen Bürger der Provinzen, deren Einfluß sich zum Schaden der Türkei hätte geltend machen können, wurden ausgewiesen oder verhaftet und in vielen Fällen füsiliert. In diesen und anderen

Grausamkeiten gegen die Bevölkerung

der von Rußland abgetrennten Provinzen sieht die Sowjetregierung eine wesentliche **Verletzung des Artikels IV des Vertrages von Brest-Litowsk.**

Durch den Friedensvertrag sollten ferner die militärischen Operationen zwischen Rußland und der Türkei beendet werden. Statt dessen wurden nach der Unterzeichnung des Vertrages

die Feindseligkeiten von der Türkei wieder aufgenommen

und dauern bis heute fort. Reguläre türkische Truppen, verbunden mit Banden von Räubern, halten Gebiete besetzt, die zur russischen Republik gehören, bringen über Städte und Dörfer Plünderung und Verwüstung, massakrieren die christliche Bevölkerung, Frauen und Kinder nicht ausgenommen, und behandeln die Menschen mit unerhörter Grausamkeit. Die Sowjet-Regierung hat mehrfach gegen die Fortsetzung dieser Feindseligkeit durch die Türkei protestiert, aber alle diese Protestaktionen blieben ohne jedes Resultat. Schließlich unternahm im Juli d. J. die ottomanische Armee eine

Expedition gegen Baku,

und nach einem heroischen Widerstand der Sowjettruppen gegen die erdrückende Uebermacht des Gegners fanden die Türken den Weg nach Baku, eine der bedeutendsten Städte der russischen Republik. Auf alle Proteste der Sowjet-Regierung antworteten die Bevollmächtigten der ottomanischen Regierung mit klaren und einfachen Ableugnungen und dann mit der Behauptung, es wären nur irreguläre lokale Banden, die vor Baku operierten, bis schließlich in Wirklichkeit eine reguläre türkische Armee Baku angriff und am 30. Juli der General Schewket Pascha die Einwohner der Stadt aufforderte, sich bedingungslos zu ergeben.

Jetzt, wo die Stadt genommen ist und die türkische Armee sich im Herzen der Stadt befindet, jetzt, erweist sich die Behauptung der türkischen Bevollmächtigten, daß der Angriff gegen Baku nur das Werk von lokalen Banden sei, als ein Manöver, als das Gegenteil der Wahrheit, bestimmt, Akte der Grausamkeit der Türkei zu verschleiern und die systematische Verletzung des Brest-Litowsker Vertrages zu verbergen.

Die ottomanische Regierung hat sechs Monate lang unausgesetzt den Vertrag von Brest-Litowsk trotz aller Proteste der Sowjetregierung verletzt. Und jetzt endlich hat sie ihre Taten gekrönt, indem sie eine der wichtigsten Städte der russischen Republik eingenommen und in eine schreckliche Ruine verwandelt hat. Dadurch hat die ottomanische Regierung gezeigt, daß der Vertrag von Brest-Litowsk, der zwischen der Türkei und Rußland geschlossen wurde, nicht mehr in Kraft ist.

Die Regierung der russischen sozialistischen Föderativ-Republik ist gezwungen, festzustellen, daß infolge der Handlungen der ottomanischen Regierung der Vertrag von Brest-Litowsk, der zwischen Rußland und der Türkei friedliche Beziehungen herstellen sollte, null und nichtig ist.

Gezeichnet Tschitscherin.

Diese Note hat ihre Vorgeschichte. Ende September ging ihr eine andere voraus, in der Rußland verlangte, die Türkei solle ihre Truppen hinter die vertraglich festgesetzten Grenzen zurückziehen, zur Feststellung der Schäden solle eine internationale Kommission eingesetzt werden und die deutsche Regierung solle die Durchführung dieser Bedingungen garantieren. Die Türkei versprach Antwort bis zum 30. September, verzögerte aber die Antwort bis zum 2. Oktober und erklärte dann, die Zurückziehung der regulären Truppen sei schon im Zuge. Darin, daß von den Irregulären nicht die Rede ist, sieht die russische Regierung eine Nichterfüllung ihrer Bedingungen, und sie findet die Antwort auch sonst unpräzis. Darum erfolgte die Aufhebung des Friedenszustandes.

Rußland befindet sich also im Kriegszustand mit der Türkei, was auch die Wiederaufnahme des Kriegszustandes mit Deutschland bedeutete, wenn dieses seinem Bundesgenossen Waffenhilfe leistete. Indes dürfte diese Episode durch größere Ereignisse bald überholt werden. Ein erstes Stück des Friedens von Brest ist gefallen, die anderen werden folgen, das Ergebnis aber dürften nicht neue Kriege, sondern der allgemeine Frieden sein!

Daß Rußland die Aufhebung des Brester Gewaltfriedens durch Deutschland erwartet, um nicht zu sagen fordert, geht auch aus folgender

Note Rußlands an Deutschland

hervor, die vom 2. Oktober datiert ist:

Radek, der den unsere Auslandspolitik leitenden Kreisen nahesteht, legt in seinen Aufsätzen die grundlegenden Anschauungen dieser Kreise nieder. Dieses bezieht sich jedoch nicht auf die innere Politik; deshalb hatte sein Artikel über den „Roten Terror" seinerzeit keine politische Bedeutung, sondern war nur Ausdruck seiner Privatmeinung. **Ganz anders verhält es sich mit seinen Aufsätzen über die Außenpolitik.** In seinem am 1. Oktober in „Iswestija" veröffentlichten Artikel „Der Schatten Rußland" muß man folgende seiner Worte besonders unterstreichen:

„Schweigend zeigt Rußland dem deutschen Volke seine Wunden. Jetzt, **wo das deutsche Volk schwere Prüfungen erlebt**, gibt es auch im Herzen des russischen Volkes keine Freude. Das russische arbeitende Volk ersehnt keinen Sieg der amerikanischen und Londoner Börse, es spürt jetzt an seinem eigenen Leibe, was „die Befreiungsziele" des anglo-französischen Imperialismus bedeuten. Das russische Volk hat mit dem deutschen Imperialismus keinen Verständigungsfrieden schließen können, dieser hat ihm vielmehr einen harten Machtfrieden aufgezwungen. Im Augenblick der

schicksalsschweren Krise des deutschen Imperialismus

sagen die russischen Volksmassen zu ihm nicht: „Gib wieder, was Du genommen hast"; sie wissen, daß der deutsche Imperialismus ihnen schwerlich das freiwillig wiedergeben wird, was er ihnen in dieser Weise genommen hat. Die Politik des Wahnsinns, die alle imperialistischen Staaten kennzeichnet, wird kaum diesen vernünftigen Schritt zulassen, einen Schritt, der die Lage Rußlands erleichtern könnte, und es ihm ermöglichte, seine eigenen Interessen gegen die Verbündeten ohne ein Bündnis mit dem deutschen Imperialismus zu verteidigen und die Bestrebungen des anglo-amerikanischen Kapitals zur Wiederschaffung einer Ostfront gegen Deutschland zu durchkreuzen."

Dieses spiegelt im gegenwärtigen Moment buchstäblich unsere Empfindungen wider: wir zeigen schweigend unsere Wunden und **nehmen an, daß der Schritt, der für Deutschland selbst vorteilhaft wäre, von ihm selbst auch unternommenen werden wird.**

Der von Rußland angeregte Schritt liegt in der Richtung der von den Vertretern der sogenannten „östlichen Orientierung" empfohlenen Lösung. Deutschland soll de Frieden von Brest revidieren, um seine Stellung gegenüb England-Amerika zu stärken. Dazu scheint es aber jetzt s spät. Die Revision von Brest dürfte auf der allgemeine Friedenskonferenz erfolgen.

So geht's nicht weiter.

Seit Kriegsbeginn gibt's kein Versammlungsrecht mehr. Ebensowenig wie eine Freiheit der Pres Der Belagerungszustand, unter dem wir länger als vie Jahre leben, hat für die Zeitungen die Zensur eingeführ und macht die Versammlungen genehmigungspflichtig. I eRichstag ist schon oft Klage geführt worden über die Willkür, die im Versammlungswesen eingerissen ist. Die Klage und Beschwerden über die Zensur sind ebenfalls immer schärfer und zahlreicher geworden.

In der neuesten Regierungskrise, die vo der Sozialdemokratie zu einer Krise des ganze Systems erweitert worden ist, spielen auch die Klage über die Willkür auf dem Gebiet des Versammlungswesen eine Rolle. Wir wollen daher zum Beleg dessen wiede geben, was der preußische Landtagsabgeordnete Genos Konrad Haenisch im „Vorwärts" über seine Erlebnis berichtet, die er auf diesem Felde allein in den letzten Mo naten gemacht hat. Aehnliche Beschwerden hat jeder Pa teiredner vorzutragen, der verpflichtet worden ist, in diese schweren Zeit für die Partei agitatorisch zu wirken.

Haenisch schreibt:

„Ueber das Wirken gewisser Zensurbehörden ist d Oeffentlichkeit im allgemeinen unterrichtet, über die Zu stände auf dem Gebiet des Versammlungswesens aber mac man sich kaum eine klare Vorstellung. Und doch herrsc gerade auf diesem Gebiet eine Willkür, die ihre Praxi nicht nur von Ort zu Ort, sondern auch von Tag zu Ta wechselt. Von irgendeiner Rechtssicherheit ist längst keine Rede mehr. Der hier niedergeschriebene kleine Bruchteil meiner Erfahrungen stellt keineswegs außergewöhnliche Erlebnisse dar. Sie sind typisch.

Zum Beispiel: du hast im Abgeordnetenhaus und i Zeitschriften dich wiederholt über das Verhältnis von Schu und Politik zueinander geäußert und an diese Aeußerunge haben sich in der Oeffentlichkeit lebhafte Erörterungen a geschlossen. Nun willst du in einem Orte deines eigne Wahlkreises in einer Mitgliederversammlung über de gleiche Thema sprechen. Den äußern Anlaß dazu biet der skandalöse Mißbrauch einer Schule des betreffende Ortes — es handelt sich um Friedrichshagen bei Berlin — für die Zwecke der alldeutschen Propaganda. D Versammlung wird verboten. Der Vortrag hätte die militärische Sicherheit des Deutschen Reiches gefährde können.

Das ist östlich vor den Toren Berlins. Wendest d dich aber südwestlich etwa nach Luckenwalde, so kannst d ungehindert, in Volksversammlungen sogar, über alles d wichtig Erscheinende reden.

In Stendal darfst du weder in einer öffentliche Versammlung noch in einer Mitgliederversammlu deiner Partei über Fragen der preußischen Po litik sprechen. Dagegen kannst du in Lüneburg, de alten schönen „Heidedorf", in einer massenhaft besuchte Volksversammlung über alle Fragen der äußern und inner Politik genau so ungehindert reden wie im Frieden. Ge wie im Frieden darfst du auch in Hirschberg u Schmiedeberg im Riesengebirge vor Volksversamm lungen sprechen. Die beiden Orte gehören nämlich zu de Bezirk des Posener Generalkommandos. In jenem Te von Schlesien aber, der zum Breslauer Generalkom mando gehört, werden selbst geschlossenen Vereins- und G werkschaftsversammlungen die größten Schwierigkeiten b reitet.

Zum Bezirk des recht vernünftigen Danziger Genera kommandos gehört auch das hinterpommersche Städtch

---

Die Rächer.

Roman von Hermann Wagner.

18. Fortsetzung.

Die Aufregung hatte sie stumm gemacht. „Gerade diese —?" fragte sie furchtsam.

Er verzog spöttisch die Mundwinkel. „Sehen Sie, — jetzt haben Sie doch Angst."

„Ich?" Sie sprang auf. „Nein, ich kaufe sie! Sofort! Hier ist das Geld!"

Sie war rot geworden. Alles fieberte plötzlich in ihr. Sie drängte ihm den Scheck erneut auf und bat um die Papiere. Er tat stumm, was sie verlangte, schrieb, was zu schreiben war, und verschnürte ihr die Papiere zu einem kleinen Paket.

„Da," sagte er, indem er ihr das Paket überreichte.

Sie strahlte. Es freute sie, ihm zu zeigen, daß sie keine Angst hatte. „Werden diese Papiere steigen?" fragte sie.

„Hätte ich sie nicht verkauft, wenn ich daran zweifelte?"

„Aber — Sie haben sie doch verkauft?!" Sie wurde wieder unruhig, weil es eine absolute Unmöglichkeit war, in seinem Gesicht zu lesen.

„Ihnen habe ich sie verkauft, ja. Nur Ihnen. Wären Sie nicht gekommen, dann lägen sie noch in meinem Schreibtisch."

„Warum gerade mir?" fragte sie, ihre Gedanken gewaltsam zusammenraffend, denn in ihrem Kopfe schwirrte es.

„Aus Aberglauben," antwortete er ernst. „Sprachen Sie gestern nicht davon, daß ich die Frauen hasse? Ich hasse sie zwar nicht, aber ich fürchte sie. Von einem Papier, daß ein Weib von mir verlangt, glaube ich nicht, daß es mir Glück bringt. Das schlage ich los."

Sie ließ sich auf die Chaiselongue nieder und stützte den Kopf in den Armen. „Nun gestehe ich, daß ich ratlos bin," sagte sie enttäuscht. „Ich durchschaue Sie nicht. Was ist Wahrheit an Ihnen und was ist Lüge?" Sie hob den Kopf. „Und ich hatte doch geglaubt, daß Sie nett mit mir sein würden — ja, ein wenig nett!" Und sie seufzte.

Er blieb schweigsam und ging, in Nachdenken versunken, mit langen, lautlosen Schritten im Zimmer auf und ab. Es war nicht zu erkennen, ob er sich mit dem beschäftigte, was sie zu ihm gesagt hatte. Plötzlich aber wandte er sich zu ihr und fragte: „Wollen Sie mir nicht sagen, welches der wahre Grund ist, der Sie zu mir geführt hat? Was wollen Sie von mir? Sagen Sie es mir, ohne zu lügen!"

Da fragte sie eben so offen zurück: „Was ist es, was Sie von mir wollen?"

„Ich wollte Geld an Ihnen verdienen," antwortete er ehrlich, „ich habe ein Geschäft mit Ihnen gemacht. — Und Sie?"

„Ich wollte Geld an Ihnen verlieren," gestand sie leise ein, „ja, das wolle ich. Damit rechnete ich. Aber ich wollte auch dahinter kommen, wer Sie sind. Sie ziehen mich an. Aber ich bin ratlos. Ich bin ratloser als zuvor."

Er schien noch zu warten.

Sie fühlte seinen kalten Blick und senkte den Kopf. „Warum hassen Sie die Menschen?" fragte sie schüchtern. „Und warum hassen sie auch die Frauen? Was haben sie Ihnen getan?"

„Ich werde mich hüten, Ihnen das zu sagen," antwortete er und machte seine Worte bedeutungsvoll und düster.

„Sehen Sie, nun sind Sie der Feige! Nun sind Sie es, der sich fürchtet!" Und sie wiegte den Kopf: „Ich hatte nicht geglaubt, daß Sie furchtsam sein könnte. . . . Oh, vielleicht ist Ihr Geheimnis gar nicht so tief!" Und sie musterte ihn, ruckweise, von oben bis unten.

Er ließ es sich gefallen und sagte dann: „Ist es Ihre Absicht, mir einen Antrag zu machen?"

„Und wenn —?" fragte sie.

Er durchschnitt mit einer sicheren Handbewegung die Luft. „Ich würde nein sagen, unter allen Umständen, obgleich mich Ihr Reichtum reizt!"

„Bin ich nur reich? Gar nicht schön?"

„Ich habe Sie noch nicht angesehen . . . ."

Sie sprang auf, packte ihn an beiden Armen und versuchte es, ihn zu rütteln. „Sehen Sie mich an! Tun Sie es! Ich bitte Sie! Ich flehe Sie an!"

Er tat ihr den Willen und sah sie lange an, so, wie sie es vorhin getan hatte, von oben bis unten. Es schien für ihn keine Hülle zu geben. Und er blieb sehr ernst. „Sie sind schön," sagte er, „gewiß."

„Also —?"

„Sie müßten mir Zeit lassen, mich zu bedenken."

„Wie lange?"

„Warten Sie!" Er blätterte in einem Buche, nickte dann und sagte: „Nur acht Tage."

„Dann wollen Sie sich entscheiden?"

„Dann sollen Sie sich noch einmal entscheiden. Und wenn es dann noch Ihr Wille ist, meine Frau zu werden, so sollen Sie es mir sagen."

Sie war blaß, und in ihren Augen glühte ein Verlangen, dem die Qual eine Lust war. „Und Sie?" fragte sie.

„Ich . . . ich werde es mir dann . . . noch einmal — überlegen . . . . Ganz kurz. Und ich gebe Ihnen dann meine Antwort."

„In acht Tagen?"

„In acht Tagen."

„Hier?"

„Hier."

Wie um sich selbst zu entgehen, wandte sie sich jäh um, raff ihre Sachen zusammen und nickte ihm flüchtig zu.

Er öffnete ihr die Türe und rief: „Prokop!"

Prokop kam, verbeugte sich steinern, legte der Dame den Pe um und geleitete sie aus dem Hause.

Zehntes Kapitel.

Es war März geworden, und Reisner hatte sich entschloss einige Wochen in die österreichischen Alpen zu reisen. Es w nicht allein Erschöpfung, was ihn trieb, der Arbeit den Rück zu kehren. Er wollte einige Wochen wieder einmal der sei der er früher gewesen war, ein harmloser Mensch, der dem Leb nicht mit dunklen Absichten zu Leibe ging. In Berlin war de nicht möglich, hier galt allein seine Maske. Ob er diese Mas wirklich würde abwerfen können, darüber war er sich freilich no nicht ganz klar. Oft dünkte es ihn, als ob er mit ihr schon ve wachsen wäre, oder als ob das, was er für seine Maske hielt, Wirklichkeit doch er selber war.

Prokop bereitete die Reise vor.

In ihm hatte Reisner einen Diener gefunden, wie ihn e Mensch, der nicht für und nicht mit, sondern gegen und ohne d Mitmenschen lebte, brauchte. Es wäre nicht leicht gewesen, sagen, wie alt Prokop war: man konnte ihn ebenso gut auf dreiß wie auf vierzig Jahre schätzen. In seinem glatt rasierten G sicht regte sich kaum eine Falte. Die Haltung seines langen g schmeidigen Körpers war jederzeit gerade, sein Gang, seine B wegungen drückten Bestimmtheit aus und waren doch leicht. G sprach nur, wenn man ihn fragte, und seine Antworten klange knapp, sachlich und treffend. Er war immer zur Stelle, wen man ihn brauchte, und er verschwand sofort, wenn er sah, da er zu verschwinden hatte. Er war ein bis ins Vollkommen ausgeführter Automat, der geräuschlos arbeitete und der da dachte.

Reisner zahlte ihm mehr als jedem anderen seiner Ang stellten. Prokop war der einzige, dem er wohl wollte und vo dem er mit Bestimmtheit wußte, daß auch er an ihm hing. G war Reisners Schatten. Er las seinem Herrn die Wünsche vo den Augen ab und er fand immer die richtige diskrete Form, zu erfüllen, ohne daß man eigentlich sah, wie er das machte. viele intime Angelegenheiten seines Herrn war er eingeweih in die ihm dieser oft mit drei, vier hingeworfenen Worten Ein blick gewährte. Dabei verstieg sich Prokop doch nie dazu, ein Meinung, ein Urteil zu äußern. Er hatte wohl ein Ohr, da aufnahm, dafür keinen Mund, der zurückgab. Und sein Diene war keine Arbeit, sondern eine Hingabe. Er liebte seinen Herr

Prokop füllte die zwei Koffer, die Reisner mit sich nahm „Morgen mit dem Nachtschnellzug fahren wir," sagte Reisner ihm. „Aber heute kommt noch ein Besuch. Führe ihn in m Zimmer."

Stolp. Auch hier ist daher eine völlig unbehinderte Volksversammlung möglich. Fährst du aber ein paar Bahnstunden weiter und gerätst so in das Gehege des Stettiner Generalkommandos: gleich beginnen wieder die Schwierigkeiten.

Wie im Osten so im Westen!

In Dortmund hast du im Januar dieses Jahres noch in zwei Volksversammlungen ungehindert über das preußische Wahlrecht sprechen dürfen. Jetzt wird sogar die Genehmigung geschlossener Mitgliederversammlungen dort davon abhängig gemacht, daß das Wahlrecht mit keinem Wort erwähnt wird.

Nach einer Reihe ähnlicher Erlebnisse — darunter das schon bekannte Kölner — geht im heiligen Trier wieder alles nach Wunsch. Du darfst über das Wahlrecht und alles was dich sonst bewegt, vor überfüllter Volksversammlung nach Herzenslust sprechen. Im Hotel aber findest du ein Telegramm, das dich für den nächsten Morgen zu einer Unterredung auf die für das Versammlungswesen zuständige Stelle in Saarbrücken einlädt.

In Saarbrücken hast du früher schon allerlei Erlebnisse gehabt: im Oktober 1917 hat dich, ganz wie jetzt in Kalk bei Köln, der überwachende Polizeibeamte mitten in der Rede unterbrochen und dir unter stärkster Erregung der versammelten 2000—3000 Eisenbahner verboten, die Wahlrechtsfrage auch nur zu erwähnen. Im letzten Juli solltest du dann im gleichen Raume, dem städtischen Saalbau, in einer Volksversammlung über das im Jahre zuvor nicht beliebte Thema reden. Endlose Verhandlungen. Ergebnis: über Thema darf immer noch nicht gesprochen werden! Das Thema wird also geändert: „Der Kampf um das neue Preußen." Hier willst du unter Ausschluß der Wahlrechtsfrage alle die andern großen gesetzgeberischen Aufgaben behandeln, deren Erfüllung aus dem alten in das neue Preußen hinüberleiten soll.

Es wird wieder nichts.

Diesmal erregt das Wörtlein „Kampf" in der Tagesordnung der Versammlung den Anstoß. Du fügst dich auch hier und änderst das Thema um: „Im neuen Deutschland." Nun ist man zufrieden. Inzwischen aber ist der Tag der Versammlung herangekommen und es ist zu spät, noch eine ausführliche Disposition des Vortrags einzureichen. Ohne eine solche aber geht es nicht. Das Ende vom Liede: die Versammlung kann nicht stattfinden.

Schließlich gelingt's. Dir werden vier Volksversammlungen in und um Saarbrücken genehmigt. Aber nun fehlt wieder die ausführliche Disposition deiner Rede, in der du hier diesmal sogar die Wahlrechtsfrage behandeln darfst. In aller Eile gelingt es dir, eine Schreibmaschine aufzutreiben und abends kann die erste Versammlung, in Dudweiler, vor sich gehen. Wie schon im Sommer von den Gewerschaftsversammlungen, so macht dir auch jetzt wieder vor jeder Versammlung der überwachende Beamte, der einige Male sogar mit mehreren Stenographen angerückt kommt, im Auftrag seiner Behörde nochmals eine gründliche Eröffnung über alles, was du sagen darfst und was du nicht sagen darfst. Schriftlich mußt du jedesmal bestätigen, daß du die Eröffnung zur Kenntnis genommen hast und befolgen willst.

Am Morgen nach deiner ersten Versammlung im Saargebiet klingelt wieder das Telephon. Natürlich das Kriegsamt.

„Es tut mir sehr leid, Sie schon wieder bemühen zu müssen, aber

Exzellenz wünscht dringend,

daß noch einmal wegen der weiteren Versammlungen mit Ihnen persönlich Rücksprache genommen wird."

„Können wir das nicht telephonisch erledigen?"

„Leider ganz unmöglich! Sie müssen schon die Güte haben, noch einmal herzukommen."

Seufzend machst du dich wieder auf den Weg. Solltest du gestern abend etwa „zu scharf" geredet haben? Doch nein — den amtlichen Bericht über deine gestrige Rede haben die Herren trotz mehrfacher Bemühungen noch nicht erhalten können. „Exzellenz" wünscht sich nur noch einmal zu vergewissern, ob du auch nicht etwa — „unabhängige Tendenzen" in deinen Versammlungen zu vertreten gedenkst! Schließlich sind die beiden freundlichen Leutnants zufriedengestellt und auch die drei letzten Versammlungen werden nunmehr endgültig genehmigt. Die dritte und vierte allerdings nur unter Ausschluß der Diskussion. Daran vermag auch deine Bemerkung, daß am ersten Abend ein Debatte mit einem nationalliberalen Wortführer durchaus sachlich und würdig verlaufen sei, nichts zu ändern. . . .

So! Das sind ein paar nackte Tatsachen aus dem preußischen Versammlungsleben in den letzten Monaten. Da hat man sich nun, jetzt Haenisch hinzu, seit vier Jahren die Finger wund geschrieben und die Kehle heiser geredet, um den Massen klarzumachen, daß es gilt, in diesem Verteidigungskampf Deutschlands die Zähne zusammenzubeißen und — trotz alledem und alledem — so lange durchzuhalten, bis der Vernichtungswille der Feinde gebrochen ist. Man hat das wahrlich nicht den herrschenden Gewalten zuliebe getan, sondern ausschließlich um des Landes und des Volkes selbst willen. Immer wieder hat man die wankende Stimmung mit der aus ehrlicher Ueberzeugung kommenden Versicherung aufrechtzuerhalten versucht, daß aus dieser Weltkatastrophe ein neues und freies Deutschland, ein neues und freies Preußen hervorgehen müsse und hervorgehen werde. Und nun muß man erleben, wie einem auf Schritt und Tritt berufene Vertreter der Staatsgewalt selbst bei dieser Arbeit für den Staat Steine in den Weg und Knüppel zwischen die Beine werfen! Alles, was an Staatsgesinnung und Vaterlandsgefühl in den Massen in diesen Kriegsjahren gewachsen ist, schlagen diese verblendeten Menschen

mit Dreschflegeln wieder kurz und klein.

Es ist einfach zum Heulen! Das ganze alte reaktionäre Mißtrauen gegen das Volk und seine Wortführer, das wir im ersten Kriegsjahr glücklich überwunden glaubten, steht heute wieder in voller Blüte. Die alte bureaukratische Bevormundungssucht feiert Orgien wie nie zuvor. Nichts, aber auch gar nichts glaubt man dem politischen und vaterländischen Verantwortungsgefühl der Redner selbst überlassen zu sollen. Was du gestern durftest, wird dir heute ohne Angabe von Gründen verboten, was in A. unbedenklich gestattet ist, gilt eine halbe Stunde davon, in B., für den Gipfel der Staatsgefährlichkeit. Und von Monat zu Monat wird das alles schlimmer statt besser. Man wird

von den Massen einfach ausgelacht,

wenn man da immer noch von dem Herauskommen eines neuen Preußens zu sprechen wagt! Wie katastrophal das Anwachsen einer solchen Stimmung gerade in diesen kritischen Wochen wirken muß, bedarf keiner nähern Auseinandersetzungen. . . . Lieber die offene Militärdiktatur als die Fortdauer dieses unwürdigen Zwitterzustandes!"

Was der Krieg bringt.

Die Kämpfe im Westen.

Die deutschen Heeresberichte.

WTB. Großes Hauptquartier, 6. Oktbr. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

In Flandern und bei Cambrai ruhiger Tag. Rege Erkundungstätigkeit an vielen Stellen der Front.

Heeresgruppe Boehn.

Wir gaben in vorletzter Nacht den zwischen Crevecour und Beaurevoir an den Kanal in Linie Banteux—LeCatelet vorspringenden Stellungsbogen auf und nahmen die dort stehenden Truppen in rückwärtige Linien zurück. Engländer und Franzosen setzten ihre Angriffe zwischen Le Catelet und nördlich St. Quentin fort. Beaurevoir und Montbrehain blieben in ihrer Hand. An der übrigen Front sind ihre Angriffe vor unseren Linien gescheitert. In den Kämpfen bei Beaurevoir zeichnete sich das Reserve-Infanterie-Regiment 56 unter seinem Kommandeur Major von Loebbecke besonders aus.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Erneute Angriffe der Franzosen und Italiener am Chemin des Dames wurden abgewiesen. In Fortsetzung der am 3. Oktober begonnenen Bewegungen östlich von Reims und beiderseits der Suippes haben wir in vorletzter Nacht auch unsere Stellungen am Brimont und Berru geräumt und rückwärtige Linien bezogen. Der Feind folgte im Laufe des Tages. Wir standen am Abend mit ihm an der Suippes, beiderseits der Straße Reims—Le Chapelle, bei Lavannes—Epoye—Pontfaverger und an der Arnes in Gefechtsberührung.

Zwischen der von Somme-Py nach Norden führenden Straße und östlich von Liry griffen Franzosen und Amerikaner erneut mit starken Kräften an. Wir haben nach schwerem Kampfe unsere Stellungen restlos behauptet. Das westfälische Infanterie-Regiment Nr. 55 und das westpreußische Infanterie-Regiment Nr. 149 zeichneten sich hierbei besonders aus. Die 199. Infanterie-Division schlug den in 15 Wellen tief gegen die Liry-Höhe anstürmenden Feind mehrfach zurück. Leutnant Markok mit Kompagnien des Infanterie-Regiments Nr. 357 hat an der Abwehr des Feindes besonderen Anteil. Der Feind erlitt hier schwerste Verluste. Teilangriffe des Gegners am Westrande der Argonnen scheiterten.

Heeresgruppe Gallwitz.

Zwischen den Argonnen und der Maas setzte der Amerikaner seine starken Angriffe fort. Oestlich von Exermont gelang es ihm, bis auf die Waldhöhen, etwa ein Kilometer nördlich des Ortes, vorzustoßen. Hier sind seine in den Nachmittagsstunden erneut vorbrechenden Angriffe gescheitert. Beiderseits der von Charpentry auf Romagne führenden Straße brachen die Angriffe wiederum vor den Linien elsaß-lothringischer und westfälischer Regimenter völlig zusammen. Weiter östlich drang der Feind in den Fays-Wald ein. Im übrigen wurde er abgewiesen.

*

Wir schossen gestern 37 feindliche Flugzeuge und 2 Fesselballone ab. Außerdem wurden von einem feindlichen im Angriffsflug auf die Pfalz befindlichen Geschwader 5 Flugzeuge im Luftkampf abgeschossen.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Unsere bisher im Rahmen des bulgarischen Heeres fechtende Truppen wurden herausgelöst und sind im Rückmarsch in ihre Versammlungsräume. Sie haben den an sie gestellten hohen Anforderungen voll entsprochen und Hervorragendes geleistet.

Asiatischer Kriegsschauplatz.

Die in Palästina an der Seite unseres treuen türkischen Bundesgenossen kämpfenden deutschen Divisionen mußten im Verein mit den schwachen türkischen Kräften erdrückender feindlicher Uebermacht weichen und sind im Rückmarsche über Damaskus in nördlicher Richtung.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

*

WTB. Berlin, 6. Oktober, abends. (Amtlich.)

Teilangriffe nördlich von St. Quentin und in der Champagne.

Zwischen den Argonnen und der Maas wurden heftige Angriffe der Amerikaner abgewiesen.

Erlaß an Heer und Flotte.

WTB. Berlin, 5. Oktober. (Amtlich.)

Der Kaiser richtete nachstehenden Erlaß an das deutsche Heer und die deutsche Marine:

An das deutsche Heer und die deutsche Marine!

Seit Monaten stürmt der Feind unter gewaltiger Kraftanstrengung fast ohne Kampfpause gegen Euere Linien an. In wochenlangem Ringen, vielfach ohne Ruhe müßt Ihr ausharren und dem an Zahl weit überlegenen Feinde die Stirne bieten, darin liegt die Größe der Aufgabe, die Euch gestellt ist und die Ihr erfüllt. Die Truppen aller deutschen Stämme tun ihre Schuldigkeit und verteidigen auf fremden Boden heldenhaft das Vaterland.

Hart ist der Stand meiner Flotte, um sich den vereinten feindlichen Seestreitkräften gegenüber zur Geltung zu bringen und in unermüdlicher Arbeit die Armee in ihrem schweren Kampfe zu unterstützen. Mit Stolz und Bewunderung sind die Augen der Heimat auf die Taten des Heeres und der Marine gerichtet. Ich sage Euch Meinen und des Vaterlandes Dank.

Mitten in das schwerste Ringen fällt der Zusammenbruch der mazedonischen Front. Eure Front ist ungebrochen und wird es weiter bleiben.

Ich habe Mich im Einvernehmen mit unseren Verbündeten entschlossen, dem Feinde nochmals den Frieden anzubieten. Doch nur zu einem ehrenvollen Frieden werden wir die Hand reichen, das schulden wir den Helden, die ihr Leben fürs Vaterland gelassen haben, das schulden wir unseren Kindern. Ob die Waffen ruhen werden, steht noch dahin. Bis dahin dürfen wir nicht erlahmen, wir müssen wie bisher alle Kraft daran setzen, unermüdlich dem Ansturm des Feindes standzuhalten. Die Stunde ist ernst, aber wir fühlen uns im Vertrauen auf unsere Kraft und Gottes gnädige Hilfe stark genug, unsere geliebte Heimat zu verteidigen.

gez. Wilhelm I. R.

Neue Friedensbemühungen Lansdownes.

Aus Basel wird telegraphiert: „Daily Telegraph" meldet aus London: Lansdowne hat den ungewöhnlichen Schritt getan, dem Kabinett und dem König seine Ratschläge zur ehrenvollen Beendigung des Krieges anzutragen. Lloyd George ist bereit, Lord Lansdowne in den nächsten Tagen zu empfangen.

Der österreich-ungarische Bericht.

WB. Wien, 6. Oktober. (Amtlich.)

Italienischer Kriegsschauplatz.

Keine größeren Kampfhandlungen. Bei Neumarkt in Südtirol wurden bei italienischen Fliegerangriffen auf Kriegsgefangenenlager zahlreiche italienische Kriegsgefangene getötet und verwundet.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Südlich des Skumbi-Flusses Nachhutkämpfe. An der jerönischen Front wurden unsere Vortruppen von Branje zurückgenommen.

Sysran von den Sowjettruppen genommen.

Wie die russische Botschaft mitteilt, ist die Stadt Sysran von den gegen die Tschechoslowaken vorrückenden Truppen genommen.

Sysran ist wichtig wegen seiner großen Wolgabrücke. Die Einnahme bedeutet einen großen Schritt vorwärts gegen Samara.

Die Wilson-Rede.

In seiner Völkerbundsrede führte Wilson am Schlusse aus:

Aber das tiefgewurzelte Verlangen unterdrückter, erschreckter Männer und Frauen versklavter Völker, das scheint ihnen allein wert, den Krieg dafür durchzufechten, der die Welt verschlingt. Vielleicht haben die Staatsmänner noch nicht überall dieses veränderte Aussehen der ganzen politischen Welt erkannt, vielleicht haben sie noch nicht überall die unmittelbare Antwort auf die an sie gestellten Fragen gegeben, weil sie nicht wußten, wie eindringlich diese Fragen waren und welche Art von Antwort gefordert wurde. Aber ich will gerne immer und immer wieder antworten in der Hoffnung, es immer klarer zu machen, daß es mein einziger Gedanke ist, diejenigen zu befriedigen, die in Reih und Glied kämpfen und die vielleicht vor allen anderen ein Recht haben auf eine Antwort, deren Sinn niemand mißverstehen kann, wenn er die Sprache versteht, in der sie gegeben ist oder jemand aufzutreiben vermag, der sie richtig in seine eigene Sprache übersetzt, und ich glaube, daß die Leiter der Regierungen, mit denen wir verbunden sind, ebenso deutlich sprechen werden, wie ich zu sprechen versuchte, wenn sich ihnen Gelegenheit dazu bietet. Ich hoffe, daß sie sich frei fühlen werden, zu sagen, ob ich in irgend einer Hinsicht in meiner Auslegung der Kriegsprobleme oder in meinen Ansichten über die Mittel, durch die ihre befriedigende Lösung erreicht werden kann, fehlgegriffen habe. Die Einheitlichkeit der Absichten und Entschlüsse ist in diesem Kriege ebenso unbedingt notwendig, wie die Einheitlichkeit der Führung auf dem Schlachtfelde, und mit einer vollkommenen Einheitlichkeit der Ansichten und Entschlüsse wird auch die völlige Sicherheit des Krieges kommen. Sie ist auf keinem anderen Wege zu erreichen. Die „Friedensoffensiven" (Peace Driwes) können nur dann erfolgreich abgewehrt und zum Schweigen gebracht werden, wenn man zeigt, daß jeder Sieg, der die gegen Deutschland verbundenen Nationen und Völker jener Art von Frieden näher bringt, die aller Welt Sicherheit und Beruhigung bringt und die Wiederkehr solchen Kampfes mitleidloser Gewalten und mitleidlosen Blutvergießens immer unmöglich macht. **Deutschland deutet fortwährend „Bedingungen" an, die es anzunehmen bereit wäre und erfährt immer, daß die Welt keine Friedensbedingung haben will. Sie will den endgültigen Triumph der Gerechtigkeit und des anständigen Handelns.** (Fair Dealing.)

Kleine Nachrichten.

Der Kampfflieger Lt. Rumey, ein früherer Dachdecker, ist tödlich abgestürzt, nachdem er insgesamt 44 feindliche Flugzeuge bezwungen hat.

Cambrai ist von den Engländern in Brand geschossen worden.

„Secolo" meldet, daß die deutsche und die österreichische Heeresleitung ihre Besatzungen in Albanien, Serbien und Montenegro durch Landsturm-Divisionen verstärken.

Auf Durazzo ist ein italienischer Flottenvorstoß unternommen worden. Die österreichischen Schiffe wehrten dem Vorstoß ab, versenkten ein feindliches Motorboot und beschädigten einen englischen Kreuzer schwer. Der Feind richtete nur geringen Schaden an.

Die Friedensfrage im österreichischen Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus setzte die Verhandlung über die Regierungserklärung und Friedensanträge fort. Abg. Daszynski (Polnischer Soz.) begründet eingehend den von allen polnischen Abgeordneten, mit Ausnahme der Konservativen, eingebrachten Antrag auf **Wiederherstellung eines unabhängigen polnischen Reiches,** das sich aus allen polnischen Teilen zusammensetzen soll. Die polnische Frage sei nicht eine einseitige österreichische, preußische oder russische Frage. Die Vereinigung Polens müsse vielmehr auf dem Wege eines internationalen Weltfriedenskongresses ausgesprochen werden. Die politische Bedeutung des Antrages liege darin, daß die Polen ihr Streben auf ein geeinigtes unabhängiges Polen richten. Abg. Zenker (Dtsch. Freih.) tritt für **Friedensverhandlungen auf Grundlage der 14 Wilsonschen Punkte ein,** deren Annahme den Interessen Oesterreich-Ungarns entspreche. Wir werden das Bündnis mit Deutschland nicht brechen, aber man möge uns nichts Unmögliches zumuten. Wenn das deutsche Volk für sich nichts anderes verlangen wird, als Freiheit und Gleichheit wie für alle anderen Völker, dann werden wir uns an den Verhandlungstisch setzen. Abg. Dr. Adler (Soz.) verweist auf die Verwüstungen, welche der Krieg nicht nur bei uns, sondern auch bei unseren Gegnern verursachte. Die notwendige Voraussetzung für den Frieden ist die **Neuordnung Oesterreichs** und die Kundgebung unserer Friedensbereitschaft in einer Form, daß diese von den feindlichen Völkern geglaubt und verstanden wird. Die Opfer, die der Frieden kosten werde, stehe in keinem Verhältnis zu jenen, die die Völker im Kriege gebracht haben. Der Redner begründet eingehend die einzelnen Punkte des sozialdemokratischen Friedensantrages, wobei er hinsichtlich der Forderung nach Selbstbestimmung der Nationen hervorhebt, daß die Selbstbestimmung auch für die Deutschen Oesterreichs gelten müsse. So wenig die Deutschen Lust haben, andere Völker zu beherrschen, so wenig haben sie Lust, sich von anderen Völkern beherrschen zu lassen. Wenn die Völker über die Neuordnung Oesterreichs beraten werden, dann werden sie sich nicht mehr über die Deutschen hinwegsetzen können; sie werden schon dafür sorgen, daß das neu konstituierte deutsche Volk in Oesterreich nicht einer Politik verfällt, die bisher als deutsche gegolten hat. Der Redner betont die Notwendigkeit der Beseitigung der Friedensschlüsse von Brest-Litowsk und Bukarest und appellierte schließlich an die Parteien, alle politischen und nationalen Gegensätze beiseite zu stellen und alles zu tun, was nur im geringsten eine Möglichkeit biete, dem Frieden nahe zu kommen. (Lebhafter Beifall bei den Soz.) Abg. Klofac (Tschecho) tritt für das tschechisch-slowakische Programm ein und erklärt, der Friede werde nur von der Weltdemokratie diktiert.

Soziales.

Symptome der Wohnungsmisere. In Großenhain (Königreich Sachsen), einer Stadt mit 13 000 Einwohnern ohne ausgeprägte industrielle Entwicklung, ist die Wohnungsnot so groß geworden, daß die städtische Turnhalle durch Bretterverschläge in kleinere Abteilungen zerlegt werden mußte, die von obdachlosen Familien am 1. Oktober bezogen wurden. In den durch Bretterverschläge hergestellten Gelassen sind Kochherde aufgestellt worden, während die Zentralheizung der Halle für die Räume benutzt wird. — Wenn solche Behelfswohnungen jetzt schon notwendig sind, wie soll es da erst nach Friedensschluß werden?

Kleinwohnungsbauten. Dem Mangel an Kleinwohnungen abzuhelfen, genehmigten die Stadtverordneten von Mainz einen Betrag von 1 130 000 Mk. Es werden dafür 120 Kleinwohnungen aus je zwei und drei Zimmern, Küche und Zubehör errichtet. Außerdem werden Baracken erbaut werden, um Wohnungsnot und Obdachlosigkeit nach Beendigung des Krieges nicht aufkommen zu lassen.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.